

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Amtliches.

Berlin, 7. April. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Die Kreisrichter Lütscher in Bublitz, von Deساuners in Köslin und Gölster in Ebenburg zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen, den Rechts-Anwälten und Notaren Meßring in Neustettin und Dees in Belgrad den Charakter als Justiz-Rath und dem Kreisgerichts-Sekretär und Depositall-Rendanten Briesener in Stolp den Charakter als Steuerns-Rath zu verleihen.

Der Sanitäts-Rath Dr. Leonhard zu Mülheim a. d. Ruhr ist zum Kreis-Physicus des Kreises Duisburg ernannt worden; am Gymnasium zu Landsberg a. W. ist die Anstellung des Dr. Nielander als Ordentlicher Lehrer genehmigt worden; die Schulamts-Kandidaten Dr. Franz vom Walde und Dr. Johann Baptist Conrad sind bei dem Gymnasium zu Koblenz als Ordentliche Lehrer angestellt worden.

Angekommen: Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Kommandant von Berlin, von Alvensleben, von Neu-Hof in Mecklenburg-Schwerin. Abgereist: Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Chef des Generalstabes der Armee, Freiherr von Moltke, nach Düsseldorf.

Nr 86 des St. Anz. enthält das Gesetz wegen Abänderung mehrerer Vorrichtungen über die preußische Postporto-Taxe, vom 21. März 1861.

Telegramme der Posener Zeitung.

Ihrehe, Sonntag 7. April. Der Verfassungsausschuss hat seine Berathungen geschlossen und wird morgen Bericht erstatten. Man versichert, daß der Bericht dahin geht, die Ständeversammlung könne auf eine derartige Budgetbehandlung nicht eingehen, wo die Versammlung nur Anträge stellen und die Regierung allein die beschließende Instanz bilden solle.

(Eingeg. 8. April 10 Uhr 50 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 7. April. [Zur Hofhaltung Sr. Majestät des Königs.] Der Geheime Kämmerer des hochseligen Königs, Schoening ist, wie die „N. P. Z.“ hört, mit seinem vollen Gehalt pensionirt worden. Seine Funktionen sind dem Korrespondenzsekretär Sr. Majestät des Königs, Hofrat Bork jun., übertragen worden. Der Titel eines Geheimen Kämmerers wird nicht wieder verliehen werden. Zum Kurator der Schule und des Vermögens des Königs ist dessen vortragender Rath, der Geh. Reg. Rath Bork sen., ernannt worden. Die Behörde, an deren Spitze der eben genannte Geh. Regierungsrath Bork steht, führt den Titel „Privatkanzlei Sr. Maj. des Königs“, und es sind derselben die Räume des Hauses Behrenstraße Nr. 41 angewiesen worden, in welchen sich bisher das Hofmarschallamt des Prinzen von Preußen befunden.

[Militärisches.] Durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 22. März ist dem 1. Schlesischen Ulanenregiment (Nr. 1) die frühere rühmlich geführte Benennung „Westpreußisches Ulanenregiment (Nr. 1)“ und demgemäß dem 2. Schlesischen Ulanenregiment (Nr. 2) die Benennung „Schlesisches Ulanen-Regiment (Nr. 2)“ beigelegt.

[Von der ostasiatischen Expedition.] Der so eben zum Abschluß gekommene Handelsvertrag mit Japan sichert, wie es heißt, allen preußischen Unterthanen dieselben Rechte zu, welche bis jetzt die Amerikaner, Engländer, Russen, Franzosen, Holländer und Portugiesen genießen. Sr. Majestät Transportschiff „Elbe“ hat die Vertragsdokumente am 28. Januar der nächsten Mail (Poststation) in Yokohama zur Beförderung nach Berlin überbracht und ist nach Shanghai (China) unter Segel gegangen, wo das Schiff am 5. Februar eintraf. Dort wird es die Ankunft der anderen Schiffe erwarten und mit ihnen nach Siam (Hinterindien) gehen, um die Dokumente über den mit dem dortigen Herrscher verabredeten Handelsvertrag in Empfang zu nehmen und sodann die Rückreise nach der Heimat fortzuführen. In Siam soll auch statt des Ballastes Schiffsbauholz geladen werden, damit die Kosten der Expedition in etwas verringert werden.

[Dementi.] Den „N. P. Z.“ wird von hier aus telegraphiert: Oestreich hat bis jetzt die preußischen Vorschläge in Bezug auf die Bundeskriegsverfassung nicht angenommen. Anderweitige Verhandlungen über einen öffentlichen oder geheimen Vertrag zwischen Oestreich und Preußen finden keineswegs statt.

[Polnische Agitation.] Die „N. P. Z.“ schreibt: Die Warschauer Blätter bemühen sich eifrig, durch allerlei Lügen den polnischen Schmerzenschrei auch auf Preußen auszudehnen. Damit ihre Manöver wenigstens bekannt werden, heben wir das Märchen heraus, daß nach Behauptung der „Gaceta Warszawska“ in Thorn den polnischen Soldaten verboten worden sei, unter sich polnisch zu sprechen, indem sie hätten den Befehl zerrissen. Und das geschehe in einem Lande, wo man ein solches Geschrei über die Unbilden erhöbe, die den Holsteinern von den Dänen zugefügt würden. Der Redakteur dieser „Gaceta“ scheint zu glauben, bei uns würden den Soldaten die Befehle schriftlich zugesetzt.

[Obertribunalsentscheidung.] Das „Justiz-Ministerial-Blatt“ heilt ein Erkenntnis des königlichen Obertribunals vom 18. Januar d. J. mit, wonach 1) die in Preußen stattgefundene Verbreitung eines außerhalb Preußens gedruckten und herausgegebenen Verlagsartikels, welcher zwar nicht nach den am Orte seines Erscheinens geltenden Gesetzen, wohl aber nach preußischen Gesetzen ein Nachdruck eines in Preußen erschienenen Werkes ist, unter die Strafbestimmungen des Gesetzes vom 11. Juni 1837 fällt, 2) die Verbreitung von Exemplaren nachgedruckter Werke nicht als Theilnahme an dem Vergehen des Nachdrucks aufgefaßt.

werden kann, 3) ein zum Verkaufthalten im Sinne des §. 13 des Gesetzes vom 11. Juni 1837 auch da vorliegt, wo eine spezielle Bestellung eines Nachdrucksexemplars vorausgegangen ist, 4) in den Untersuchungen wegen Nachdrucks zugleich über die Entschädigung des Verleihers, welche dieser ausdrücklich fordert, zu erkennen ist.

Oestreich. Wien, 5. April. [Oestreich und Ungarn.] Die „Ost. Post“ präzisiert die eigentlich schwedende, durch die Krisis auf die Tagesordnung gestellte Frage dahin: „Das Prinzip, um das es sich handelt, kann nur in Frage liegen, ob ungarische Angelegenheiten wichtiger Natur, welche die Interessen des Gesamtreichs berühren, in die Kompetenz der Berathungen des Gesamtministeriums gehören oder nicht. Ein ungarisches Sonderministerium neben dem Gesamtministerium der deutsch-slavischen Provinzen entspräche vollkommen der Idee eines abgeschlossenen Ungarnsneben Oestreich. Diese Praxis wäre in Ordnung, wenn die Oktober- und Februarpatente bereits durchbrochen wären. Der Kampf der Einflüsse wird nun unstreitig fortgesetzt werden. Die ungarischen Führer sind zunächst im Vortheil, weil sie schon in den nächsten Tagen eine große Nationalvertretung zur Seite haben werden, deren Berathungen und Beschlüsse jedenfalls im exklusiv nationalen Sinne ausfallen und dem Hoffnitzer und seinen Freunden als Unterlage dienen werden, um die von ihnen gemachten Ansprüche energisch zu unterstützen, wenn nicht gar zu steigern. Das Staatsministerium dagegen hat noch mehr als drei Wochen zu warten, bis der Reichsrath sich versammelt und die Stimme und die Stimmungen der nicht-ungarischen Länder zur Geltung bringt. — Über die dem ungarischen Landtage vorzulegenden königlichen Propositionen äußert sich „Ost und West“ folgendermaßen: „Die königlichen Propositionen haben diesmal eine ganz ungewöhnliche Tragweite, weil sich in denselben die Politik, welche die kaiserliche Regierung Ungarn gegenüber geltend machen will, klar abspiegeln muß, und weil daraus auf die voraussichtliche Haltung des Landtages mit größter Wahrscheinlichkeit geschlossen werden kann. Der ungarische Landtag ist ein Krönungslandtag, auf welchem der Inhalt und Wortlaut des königlichen Inauguraldiploms festgestellt werden muß. Das Inauguraldiplom enthält die Anerkennung der politischen Rechte des Landes durch den König; der präziseste Ausdruck der Fundamental-Prinzipien ist hier schlechterdings nicht zu umgehen, da das Inauguraldiplom die entscheidende Bürgschaft für die verfassungsmäßige Zukunft des Landes ist. Enthielten also die königlichen Propositionen nichts als die von des Königs Majestät genehmigte Form des Inauguraldiploms, so mühten sie einen entscheidenden Wendepunkt in unserm staatlichen Leben bezeichnen.“ — Das genannte Blatt glaubt zu wissen, daß es die Absicht der Regierung war, das Inauguraldiplom gar nicht zum Gegenstande der königlichen Propositionen zu machen, sondern dieselben auf folgende drei Punkte zu beschränken: 1) das kaiserliche Diplom vom 20. Oktober 1860 und die Reichsverfassung vom 26. Februar d. J. als Reichsgrundgesetze dem Landtage zur Kenntnis und Danachachtung zu bringen; 2) den Landtag in Ausführung dieser Reichsgrundgesetze zur Wahrung der Wahlen der ungarischen Reichsratsmitglieder aufzufordern, und 3) die Vorlage eines Wahlgesetzes für den Reichsrath zu beantragen.

„Bleibe es bei diesen drei Punkten“, schließt das Blatt, „so wäre das Schicksal der Propositionen und der Minister, von denen sie dem Landtag vorgelegt werden sollen, unschwer vorauszusehen.“

[Tagesbericht.] Die „Ost. Ztg.“ meldet, daß der Großherzog von Toskana am 4. April an die europäischen Kabinette gegen den Titel eines Königs von Italien, den Victor Emanuel angenommen, einen Protest habe ergehen lassen, und daß der König von Neapel und der Herzog von Modena denselben Protest erheben werden. — Der gewesene Staats- und Konferenzminister Graf Kolowrat-Liebsteinsky ist gestern gestorben. — In Kroatien soll ein Wechsel in der Befehlung der Stelle des Banus stattfinden. Feldmarschall-Lieutenant Sokolovits soll, wie es heißt, in das Herrenhaus gezogen werden und Feldmarschall-Lieutenant Tellacic, Bruder des verstorbenen Banus, an seine Stelle kommen. Die Serben sollen ferner beim Kaiser nachge sucht haben, daß ihnen Feldmarschall-Lieutenant Stratimirovics als Wojwode vorgezeigt werde.

— Das k. k. Statthalterei-Präsidium in Lemberg hat in Folge hiesigen Erlasses bekannt gemacht, daß das Tragen des Säbels „Karabela“ zu der polnischen Nationaltracht von einer speziellen Bewilligung abhängig ist, welche auf dem Lande die Kreisvorsteher und in den Städten Lemberg und Krakau die Polizeidirektoren ertheilen werden. Personen, welche eine solche spezielle Bewilligung erhalten, dürfen aber streng nur diese und keine andere Waffe und auch die „Karabela“ im Sinne des bezogenen Ministerialerlasses nur bei der altherkömmlichen aus dem Oberkleide „Kontusz“ und dem Unterkleide „Zupan“ bestehenden Nationaltracht und bei keinen anderen Kleider tragen. — Der Todestag Stephan Széchenyi's, wird am 8. in Ungarn feierlich begangen werden. In Oden wird nach beendigtem Gottesdienste die Enthüllung des von Györghy in Del gemalten Bildnisses Széchenyi's im Sitzungssaale des Präsentantenkörpers stattfinden. — Ein Pesther Korrespondent des „Wand.“ berichtet unter dem 3. d. daß die in Pesth weilenden Präsentanten zum Landtage sich bezüglich ihres Verhaltens auch für den Fall einer Auflösung des Landtages bereits vollständig geeinigt haben. Die Deputirten wollen sich in Allem aufs Strengste an den legalen Boden halten und einer eventuellen Auflösung des Landtages durch die Regierung keinerlei Permanenzklärung entgegensetzen. — Aus Temesvar wird unter dem 31. März geschrieben: Bekanntlich werden von hier über Baziq nach Belgrad bedeutende Mehlanquantitäten verfrachtet. Vorige Woche gehabt es nun bei

Inserate
(1½ Sgr. für die fünfgepaßte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Überführung eines bedeutenden Mehlanquantums vom Bahnhofe Baziq aufs Dampfschiff, daß ein Sack aufging, bei welcher Gelegenheit man darin von Mehl umgeben einen zweiten Sack vorkand, welcher Salpeter enthielt. Dieser Fall veranlaßte nun auch die Revision der ganzen Patrie, bei welcher circa 4000 Pfds. Salpeter, in gleicher Weise verpackt, aufgebracht und mit Beschlag belegt wurden. Sowohl Aufgeber als Empfänger sind unbekannte Personen.

— Der serbische Nationalkongress wurde durch ein schreckliches Ereignis in großer Aufregung versetzt. Ein Telegramm in „Ost u. West“ meldet, daß der Klimtina Kongreßdeputierte Stojanovic seinen Diener am 3. d. Morgens von seinem Hausherrn, dem Karlowitzer Brauer Schober, erschossen wurde. (Nach einer Meldung vom 4. d. lebte Stojanovic noch, aber ohne Hoffnung.) Eine gemischte Untersuchungskommission wurde sogleich eingesezt. Stojanovic war ein Mitglied jener kleinen Minorität auf dem Kongreß, welche gegen Ungarn ist. Allem Anschein nach wird der Kongreß sich entschieden für Ungarn aussprechen. — Die „Schützenzeitung“ berichtet: Der fünftigen Sonnabend zusammenstehende Tiroler Landtag wird mit einer wahren Flut von Petitionen überrascht werden. Diese Petitionen betreffen sämlich die Erhaltung der Glaubenseinheit in Tirol, und zirkulieren im ganzen Lande zur Unterschrift. Eine solche Petition liegt auch in der Saatfreiheit der hiesigen Pfarrkirche zur Unterzeichnung auf. Die Petition ist einfach und klar und lautet: „Hoher Landtag! Wir wollen, daß sich unsere Abgeordneten nach dem ruhmreichen Beispiel der Väter bei Sr. Apostolischen Majestät dahin kräftigst verwenden, daß dem Lande Tirol die Glaubenseinheit erhalten werde, und die Protestanten von der Ansässigmachung ausgeschlossen bleiben.“ — Der „Presse“ zufolge hat Baron Buttler, Mitarbeiter der „Kraukauer Zeitung“, der als preußischer Unterthan mehrere Jahre in Kraukau verweilte, am 30. März die Weisung erhalten, Kraukau binnen 48 Stunden zu verlassen und es nie wieder zu betreten. — In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates von Triest wurde der Ober-Landesgerichtsrath Stephan Conti zum Podesta, Dr. Cumano zum ersten, Joseph Morpurgo zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

— [Ein internirter Abgeordneter.] Der pensionirte Appellationsrath De Pretis, seit mehreren Monaten in Graz internirt, vom Wahlbezirk Gies zum Abgeordneten für den Tiroler Landtag gewählt, vor einigen Tagen aus Wien polizeilich ausgewiesen, hat, wie schon gemeldet (s. Nr. 77), sich beschwerdeführend an den Staatsminister v. Schmerling gewendet. Über das auf diese Weise herbeigeführte Ergebnis berichtet De Pretis hiesigen Zeitungen: „Heute, 3. April, vor den Polizeikommissarien in der Josephstadt gerufen, fand ich ein Protokoll angefertigt, in dem mir bedeutet wurde, es bestehe kein Aufstand, daß ich mich nach Empfang des Wahlzertifikats nach Innsbruck zum Landtage verfüge, und dort während desselben aufhalte; nach dem Schlus des Landtages müsse ich mich jedoch unmittelbar nach Graz begeben und dort aufhalten. Ich erklärte, das Protokoll nur dann fertigen zu wollen, falls mir eine amtlich beglaubigte Abschrift übergeben würde, und da sich der Kommissar hierzu nicht berechtigt zu sein erklärte, unterblieb die Fertigung.“ De Pretis wird demnach nur beurlaubt, und muß nach dieser Entscheidung nach dem Landtagschluß wieder in sein Exil zurückkehren.

— [Ungarische Freiarchen nach Italien.] Von der untern Donau sendet ein Augenzeuge der „Ost. Ztg.“ Nachrichten über die Ansammlung der Flüchtlinge und Abenteurer aller Weltgegenden. Welche Rolle die europäischen Großmächte und ihre Organe eigentlich dabei spielen, schreibt er, vermag ich nicht genau zu beschreiben, sicher ist nur, daß die moldauischen Behörden sich höchst zweideutig gegen Oestreich benehmen. Unter ihrer thätigen Mitwirkung sah ich Sonntag den 17. März eine ungarische Freiarch von 150 Köpfen von Galatz an Bord eines französischen Messageriedampfers einschiffen. Der Stadtpräfekt Fürst Kantakuzen hatte selbst die Anstalten getroffen, je zehn Mann einen Reisepaß ausgebändigt, und es sollen 30 Francs per Kopf für die Überfahrt nach Konstantinopol gezahlt werden sein, von wo die Reise weiter nach Neapel geht. An der Spitze dieses Haufens stand ein Honved-major Kaidacz; die Leute sollen meistens ungarische und siebenbürgische Grenzsleicher gewesen sein; auch einige Handwerker und ein Dutzend Polen waren darunter. Bei der Einschiffung unter Namensaufruf leistete die moldauische Polizei Hülfe zur Verhütung von Desertionen.

— Wien, 6. April. [Eröffnung der Landtage.] Bei der heute hier stattgehabten Eröffnung des niederösterreichischen Landtages sagte der Statthalter in seiner Eröffnungsrede unter Anderem: Die Bevölkerung erwarte, daß die Abgeordneten unter allen Verhältnissen für das gute Recht Gesamtösterreichs und der Dynastie einstehen werden. Er versicherte, daß die Regierungorgane es jeder Zeit als ihre heilige Pflicht betrachten werden, die Zwecke der Landesvertretung, welche auch die Zwecke der Regierung seien, bereitwillig zu fördern. In seiner Erwiderung betonte der Landtagsmarschall, daß der Landesvertretung die Pflicht obliege, durch die Wahlen zum Reichsrath für verfassungsmäßige Einigkeit und Kraftigung des Gesamtreichs mitzuwirken. Mühlfeld und 22 Genossen haben den Antrag eingebracht, an den Kaiser eine Adresse zu richten, um den Dank des Landtages für die eingeleitete Verwirklichung des konstitutionellen Prinzips auszudrücken. Der Landtag sei erfüllt von der Idee eines großen, mächtigen, freien Oestreichs und erkenne als dessen Grundlage die Reichseinheit. — Eine ähnliche Adresse beschloß der Klagenfurter Landtag mit dem Ausdruck des Vertrauens, daß bis zur Wirksamkeit des Reichsraths keine Ausnahmewilligung erfolge, welche die Reichseinheit mittelbar oder unmittelbar gefährden könnte. — Bei der Eröffnung des Landtages in Salzburg be-

antragte der Abgeordnete Schmitz eine Dankadresse an den Kaiser für die Verleihung der Reichs- und Landesverfassung, worin ein Vertrauensvolum für das Ministerium ausgesprochen werden möge. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — In Prag fand vor der Eröffnung des Landtages ein Hochamt und eine Parade der Bürgerwehr statt. Bei Eröffnung derselben wurde der Statthalter mit donnerndem Hochruf empfangen; er stellte den Oberlandesmarschall vor, wobei er sich der böhmischen Sprache bediente. Der Oberlandesmarschall Graf Nostiz hielt eine deutsche, sein Stellvertreter Wanka eine böhmische Ansprache. Nach der Übergabe des Diploms brachte der Abgeordnete Rieger in seinem wie im Namen der Abgeordneten Palacky und Brauner eine schriftliche Verwahrung gegen die öftroyirte Geschäfts- und Landtagswahlordnung ein. Diese Verwahrung wurde zu Protokoll genommen.

Prag, 4. April. [Wahlannullierung.] Der „Cas“, das Organ der gemäßigten nationalen Liberalen, veröffentlicht ein Dekret des Statthalters, nach welchem die Wahl des im Jahre 1849 wegen Hochverrats zu 15 Jahren Festungshaft in Eisen vom Kriegsgericht verurtheilten, später amnestierten Dr. Barra-Hastalphy zum Abgeordneten für den Nürnberger Bezirk als annulliert und der Wahlordnung zuwiderr erklärt wird. Es bildet dies in allen Klassen der Bewohner unserer Hauptstadt das Tagesgespräch und die Gerechtigkeit darüber hat einen hohen Grad erreicht, da die Wahlordnung einmal in Bezug auf ähnliche Fälle nichts dergleichen, was eine Annulierung der Landtagswahl herbeiführten mühte, enthält, und speziell über den erwähnten Fall zu entscheiden lediglich dem Landtag zusteht. (D. A. 3.)

Krakau, 3. April. [Agitation; Sperrung des Kosciuszko-Hügels; Volksfest.] Der „Dest.“ wird von hier geschrieben: Von allen Seiten des Landes laufen Berichte ein, welche das Benehmen der griechischen Geistlichkeit scharf tadeln, die ihnen und leider mit Recht vorwerfen, daß sie ihre Macht über die Bauern dazu benutzen, um dieselben gewissen Sonderbestrebungen dienstbar zu machen. — Am Ostermontag fand hier die jährliche Wallfahrt zu dem nahe an der Stadt gelegenen Kosciuszko-Hügel statt, welcher nach altslavischer Sitte zu Ehren und ewigem Andenken diesem Helden errichtet wurde. Die Wallfahrenden, welche, von dem herrlichsten Wetter angelockt und wohl auch dem Zuge neu aufgelebter nationaler Gefühle folgend, in ungemein großer Menge hinausgestromt waren, mußten jedoch unverrichteter Weise heimkehren, denn der Eingang zu den um dieses geschilderte Denkmal angelegten Festungsbauten war gesperrt, was man freilich nicht wissen konnte, da nie ein Verbot, diesen Hügel zu besuchen, kundgemacht worden war und überdies in dem Alte, welches von dem zum Behufe der Aufstellung eines Denkmals für Kosciuszko konstituierten Komite am 21. April 1852 mit dem Kriegsministerium abgeschlossen wurde, ausdrücklich stipulirt ist, daß der große Hof um den Hügel, wie auch die zu demselben führende Allee frei bleibe, daß auf diesem Platz keine militärischen Exerzierungen stattfinden dürfen, ferner der Kommandant verpflichtet sei, stets einen Eingang für das Publikum offen zu halten, es sei denn, daß drohende Kriegsgefahr oder höhere politische Rücksichten andere Maßregeln gebieten würden. Bis Anfang Februar war der Zugang in der That gestattet, und trotzdem das oben erwähnte Komite gegen die hierauf erfolgte Sperrung Einsprache gelhan, scheint, wie der eben erzählte Vorfall beweist, diese Angelegenheit noch keine günstige Erledigung gefunden zu haben. Der Eindruck dieser Maßregel war aber jedenfalls ein unangenehmer und machte sich an dem darauf folgenden Tage in dem noch massenhaften Budrange Lust, welcher zu dem Renlaufkaste, einer seit unendlichen Zeiten zu Ehren Krakaus, des vermeintlichen Gründers von Krakau, abgehaltenen Erinnerungsfeier, stattfand. Zu dem der Sage nach, ebenfalls nach altslavischer Sitte, nur von Erde, die das Volk in den Händen oder in den Ärmeln herzubrachte, unweit Krakaus aufgeschütteten Hügel wallfahrtete nun wieder eine unabsehbare Menschenmenge, die zu ihrer größten Neberrasching auf der kleinen gebirgigen Keile, welche jenem Hügel zur Unterlage dient, eine Militärkapelle vorfand, welche echte polnische Weisen spielte. Man hatte eine derartige Aufmerksamkeit nie erwartet und wußte sich dieselbe mit Rücksicht auf das Tags vorher Vorgesetzte kaum zu deuten. Bedeutungsvoll war aber das Benehmen der höheren Aristokratie bei diesem Volksfeste. Wenn man bedenkt, wie dieselbe früher jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Strebungen, selbst wenn dieselben mit den höchsten nationalen Interessen zusammenfielen, sorgsam vermied, wie sie sich des Dragens der Konfederata und Czarnyki bisher enthielt, weil sie mit dem Bürgerstande, der sich dieser Trachten schnell bemächtigte, nichts gemein haben wollte, so wird man es nur als eine beachtenswerte Aufmerksamkeit ansehen müssen, daß sich die Aristokratie Dienstag mit der größten Zuversicht unter das Volk mischte und, der alten Sitte gemäß, Geld, Semmel und Äpfel vertheilte.

Lemberg, 3. April. [Sendeschreiben.] Der „Glos“ veröffentlicht ein Sendschreiben, worin das Komite des galizischen landwirtschaftlichen Vereins dem Komite des landwirtschaftlichen Vereins im Königreich Polen seine Anerkennung für die bei den Warschauer Vorfällen bewiesene nationale Haltung ausspricht. Die Theilnahme an diesen Vorfällen, heißt es in dem Schreiben, wäre in allen polnischen Gebieten gleich tief gewesen; denn diese Länder haben nicht aufgehört, durch das unerrebbare Band eines ihnen allen gemeinsamen Gedankens, so wie eines ihnen allen gemeinsamen Gefühls untereinander verbunden zu bleiben. Der landwirtschaftliche Verein des Königreichs habe sich um das Vaterland hochverdient gemacht, da er sich an die Spitze des Volkes stellte und Hand in Hand mit ihm zur Erreichung der nationalen Rechte strebe. Das Schreiben ist von sämtlichen Mitgliedern des galizischen Komites unterzeichnet, darunter die beiden Fürsten Sapieha und der bekannte Advokat Franz Smolka.

Pesth, 3. April. [Über die Eröffnung der Septemviratstafel] wird der „Pr.“ geschrieben: Heute versammelten sich die Mitglieder der Septemviratstafel, so wie die der königl. ungarischen Kurie im Kurialgebäude und verfügten sich nach feierlicher Eidesleistung unter dem Vortritt des Grafen Apponyi in die Franziskanerkirche. Der Fürstprimas dekantirte ein feierliches Hochamt, nach welchem sich die beiden Gerichtshöfe wieder in die Kurie unter dem Elsenrus der Menge zurückverfügten. Nachdem der Fürstprimas seinen Platz eingenommen, richtete der Judex Curiae an die Versammlung eine Ansprache, in der er dem Vaterlande Glück wünschte zu den bisherigen Errungenschaften und seine Freude

darüber aussprach, daß er berufen war, zu der Wiederbelebung der Kurie etwas beizutragen. Im Laufe der glänzenden Rede brachte er die Allerhöchste Entschließung zur Kenntniß, derzu folge die bisher bestandenen kaiserlichen Gerichte ehestens aufzuhören und die neuen ins Leben zu treten haben, und die von der hohen Septemviratstafel gemachten Vorschläge dem Landtage vorzulegen beschlossen wurde. Bischof Konovits, sowie der Präses der königl. ungarischen Kapitel, hielten sodann Begrüßungsreden an den Judex Curiae, worauf das Fest unter zahlreichen Elsens schloß. Außer den Mitgliedern der beiden Gerichtshöfe waren noch anwesend der Tavernitus Graf Stephan Karolyi, Paul Nyari und einige Deputirte."

Öfen, 6. April. [Eröffnung des Landtages.] Heute fand die feierliche Eröffnung des Landtages unter großem Zulauf statt. Die Eröffnungsrede enthielt keine formelle Propositionen und wies im Allgemeinen nur auf die Notwendigkeit des Ausgleiches der Interessen der Gesamtmonarchie mit der ungarischen Verfassung hin. Der Ausgleich werde gelingen, wenn er die Achtung für das Recht zur Grundlage nehme. Ein Hinweis auf das Februarpatent wurde mit leisem Murren aufgenommen. Im Uebrigen machte die Eröffnungsrede einen günstigen Eindruck. Von den Magnaten und aus den höheren Ständen waren viele anwesend, jedoch nur wenige Deputirte. Apponyi, Deak und der Primas wurden bei ihrem Erscheinen mit Elsens empfangen. Nach der Landtagseröffnung fand eine Sitzung des Oberhauses statt.

Agram, 1. April. [Über die Exzesse], welche hier vorfielen, wird der „Presse“ geschrieben: „Auch unsere Adler sind gefallen! Gestern Nachmittags paradierte in dem Weißjächen Kaffeehaus ein herabgekommenen Zylinder, den irgend ein geistvoller Mensch bei der Thüre, also auch den Vorübergehenden erschlich, auf der Erde als Spucknapf aufgestellt hatte. So begann die Affaire. Später wußten die Agenten der extremen Partei die lezte Konfiskation der Wiener Abendblätter dazu zu benutzen, beunruhigende Gerüchte auszustreuen, das Volk aufzuhüben und zu der folgenden Demonstration zu inspiriren: Gegen 8 Uhr Abends sammelte sich ein dichter Menschen schwarm vor der Polizeidirektion auf dem Bellacicplatz und schlug dort sämtliche Fensterscheiben (46!) ein. Einige, wie es heißt, betrunkne Soldaten, die eben dazukamen, mischten sich darein; es gab eine Schlägerei, zwei aus dem Volk wurden verwundet und arretiert, aber sogleich wieder freigegeben. Nichtsdestoweniger zog das Volk unter fortwährendem Ziviergefeuer durch die Ilica und obere Stadt; wo sich ein kaiserlicher Adler befand, wurde die Höhe mit Leitern erstiegen, derselbe heruntergerissen und fortgeschleppt. Die meisten Adler wurden in den „Bach“ geworfen; einen derselben schleppte das Volk in das Caffé Weiß. Auf diesem Schauplatz der Heldenathen wurde der Adler mit Roth beschmiert aufs Billard gelegt; man stellte sich um daselbe herum, ein Jeder schlug zu. Einer zerkratzte ihn mit den Nägeln! Einer suchte dem Anderen den Rang streitig zu machen. Endlich drang eine Patrouille von 8 Mann in das Lokal; ein Soldat wollte den Adler aufheben, nur Einer wollte es ihm verwehren, ermutigt durch die Burfe: „Ne boj se!“ (zu deutsch: „Fürchte Dich nicht“); aber die Bayonette wurden neuerdings gefällt und Alles wisch zurück. Ähnliche Auseinandersetzungen fanden auf den Straßen.“ In Folge dieser Exzesse hat der Gemeinderath in seiner Sitzung am 1. d. M. die Aufstellung eines Ausschusses beschlossen, dessen Aufgabe die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit der Stadt sein wird.

Agram, 3. April. [Strauentumulte.] Der „Presse“ wird von hier geschrieben: „Ein am Ostermontag eingetretener Regen machte etwa weiter beabsichtigte Demonstrationen zu Wasser. Gestern Abend hingegen sammelten sich Soldaten des Inf. Reg. Erzherzog Stephan (Polen) am Bellacicplatz. Durch die Herabnahme der kaiserlichen Adler gereizt, wollten sie eine Gegendemonstration in Scene setzen. Von der Wohnung eines Notars wurde das Landeswappen heruntergerissen; in Folge dessen entstand Aufregung; mehrere Läden und Kaffeehäuser wurden eiligt geschlossen und es bildeten sich Gruppen am Platz und in den Straßen. Man beschloß rasch, eine Deputation an den Ban abzusenden, welche um Garnisonswechsel und Einstellung der Patrouillen petitionieren sollte; das Resultat ist noch unbekannt. Weiteren Exzessen wurde durch ein allgemeines Zusammentrommeln der Soldaten vorgebeugt; die Untersuchung ist im Zuge. Von den Sonntagen herabgenommenen Adlern ist noch keiner wieder aufgerichtet; ein bis jetzt verschont gebliebener wurde gestern am hellen Tage heruntergeholt. Bei den Auftritten am Ostermontag wurden zwei Studenten leicht verwundet und mehrere Verhaftungen vorgenommen.“ (Ein Telegramm aus Agram vom 6. d. meldet: Heute ist der herabgerissene kaiserliche Adler wieder feierlich aufgerichtet worden. Die Garnison war zu diesem Zwecke vor den Banus in Parade ausgerückt.)

Bremen, 4. April. [Aufhebung der Bünde; Reform des Gefängniswesens.] Mit dem heutigen Tage ist Bremen in die Reihe der gewerbefreien Staaten eingetreten, indem eine heute erschienene obrigkeitliche Verordnung das von der Bürgerschaft am 29. Dezember v. J. angenommene Gesetz über die Aufhebung der Bünde veröffentlicht. — Ein nach anderer Richtung hin bedeutungsvolles Gesetz, sagt die „Weser-Ztg.“, hat gestern von der Bürgerschaft die verfassungsmäßige Zustimmung erhalten, nämlich die Reform unseres Gefängniswesens auf Grund der Einheitlichkeit.

Holstein. Rendsburg, 4. April. [Rüstungen.] Die Kanonenbootflotte, welche für die Nordsee bestimmt ist, ging durch den schleswig-holsteinischen Kanal nach Rendsburg und von da die Eider hinab nach Tönning, wo sie in diesen Tagen eingetroffen und in den Hafen eingelaufen ist. Sie besteht vorläufig aus 14 Fahrzeugen, 2 Dampfanonenbooten, 4 Segelbooten und 8 Zollern, und hat eine Besatzung von ca. 600 Mann, die hier im Packhause untergebracht sind. Kommandeur dieser Flottille ist Kapitän-Lieutenant Jacobson. Ferner wird noch eine Schiffssabteilung unter dem Kommandeur Müzoll von der Westsee her hier erwartet. — In Friedrichstadt befindet sich seit reichlich acht Tagen ein Kommando Ingenieure, das bereits ringsum Untersuchungen und Messungen des Terrains vorgenommen hat. Mit dem eigentlichen Schanzbau wird um einige Tage begonnen werden, zu welchem Zweck man die Ankunft einer bedeutenden Anzahl Arbeiter erwartet. — Hier hat man bereits mit der Räumung des Arsenalen den Anfang gemacht; von früh Morgens an werden Geschütze verschiedenen Kalibers nebst Wagen, Kassetten &c. theils nach dem Bahnhofe, theils nach Schiffen transportiert, um zu Lande und zu Wasser, dem Vernehmen nach, nach Alsen übergeführt zu werden. (Pr. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 5. April. [Tagesbericht.] Die königliche Familie ist vorgestern Nachmittag nach der Insel Wight abgereist und glücklich dasselbe angekommen. Jeder offizielle Empfang in Portsmouth war unterblieben, wie denn seit dem Tode der Herzogin von Kent der Hof überhaupt in tiefer Trauer lebt, ohne Esorte jährlich aufzuziehen. — Die Zensusstatisten sind jetzt vertieft, 8 Tage sind zum Ausfüllen der betreffenden Rubriken gestaltet, und am kommenden Montag werden die in alle Häuser vertheilten Listen im ganzen Lande von den hierzu bestellten Personen wiederabgeholzt werden. Die ganze Maschinerie der Zensusaufnahme scheint diesmal unglaublich besser als in früheren Jahren organisiert worden zu sein, und auf das Ergebnis ist man nicht wenig gespannt. Jeder Familienhaupt, resp. jeder Hausbewohner, muß die Namen aller Tener, die in der Nacht vom kommenden Sonntag auf Montag unter seinem Dache zugebracht haben, sammelt deren Geschlecht, Alter, Beschäftigung und Geburtsort in die betreffenden Listen eintragen. Wir werden somit endlich einmal darüber klar werden, wie viele Ausländer, naturalisierte und nicht naturalisierte, im Lande leben und wie stark das Kontingent eines jeden Einzelstaates ist. Ueber das Zahlenverhältnis der verschiedenen Staatsangehörigen wird uns dieser Zensus nicht aufklären, da in den auszufüllenden Listen die Angabe der „Religion“ nicht gefordert wird. — Es ist wieder mehr Aussicht, daß der Strike der Baugewerke durch einen friedlichen Kompromiß abgeschlossen werden wird. Die betreffenden Arbeiter scheinen nämlich den Antrag der Meister auf Stundenarbeit anzunehmen zu wollen. In wenigen Tagen wird diese Angelegenheit entschieden sein. Werwerfen die Arbeiter den angebotenen Kompromiß, dann sind die großen Bauherren fest entschlossen, ihre Etablissements allen Mitgliedern von Gewerbevereinen zu verschließen, und Arbeiter vom Lande und vom Kontinent nach der Hauptstadt zu ziehen. — In Manchester fand am Dienstag, unter dem Vorsitz von Mr. J. Wilson, ein Meeting statt, das den Beschluss faßte, mit dem Londoner „Kossuth Defence Fund Committee“ zusammenzuwirken, um die von Kossuth in seinem Notenprozeß zu bestreitenden Gerichtskosten aufzubringen. — Die Kandidaten in Indien sind gestern wieder 3000 Pf. St. gezeichnet worden. Im Ganzen somit schon volle 20,000 Pf. St. und zwar fast ausschließlich in London, da die Bezeichnungen in den Provinzen kaum erst eingeleitet sind. In Willton war zu diesem Zwecke gestern ein zahlreich besuchtes Meeting abgehalten worden, auf dem der Kriegsminister Lord Herbert (der dort große Besitzungen und sein Stammpalast hat) als Hauptredner auftrat. — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 19,823,970, der Mittlavorrath 13,000,130 Pf. St.

Frankreich.

Paris, 5. April. [Italien und Murat; Gerüchte; Ministerkrisis und Desuiten; Verhältnis zu England; trübe Stimmung; zur Tagesgeschichte.] Man bemüht sich in den der italienischen Einheit günstig gestimmten Kreisen, die Bedeutung des Murat'schen Manifestes möglichst gering anzuschlagen, und sieht es demzufolge mehr als eine gegen das Kabinett von Turin gerichtete Drohung an, um dasselbe günstig für einige Konzessionen zu stimmen, welche von hier aus als Preis der Anerkennung des Königreichs Italien gefordert werden. Der unbefangene Urtheil ist indessen diese Ansicht nicht, er wird einfach fragen: wo liegt der größere Vorbehalt für Napoleon, in der Bildung eines mächtigen Staates, auf dessen Dankbarkeit er durchaus nicht rechnen darf, oder in der Bildung eines Bundesstaates, auf welchen er stets einen bedeutenden Einfluß ausüben wird? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein; und selbst der Erwerb der Insel Sardinien, welche man als den Kaufpreis hier bezeichnet, wiegt nicht die Bildung eines Königreichs Neapel unter dem Scepter eines Murat auf. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß eine neue Ausdehnung des französischen Länderebietes in Europa auf einen allzeitigen Widerstand stoßen würde, während die Mehrzahl der Mächte nicht viel gegen den Prinzen Murat auf dem neapolitanischen Throne einwenden würde (?), da auf diese Weise die römische Frage zu einem Abschluß käme, und man vielleicht auch in der Neubegründung des Königreichs die erste Möglichkeit zur Rückkehr des legitimen Herrscherhauses sehen würde. England freilich würde eine solche Wendung im Geschick Italiens nicht billigen, allein es ist durchaus nicht wahrscheinlich, daß es tatsächlich dagegen einschreiten würde. Im Allgemeinen ist daher hier der Überzeugung, daß die Kandidatur Murats allerdings nicht auf die offizielle Unterstützung der Regierung, aber auf eine Begünstigung unter der Hand rechnen darf. Für dieselbe ist das Verweilen der französischen Okkupationsarmee an den Grenzen Neapels von großer Bedeutung, und es ist zu beachten, daß von Neuem das Gerücht einer Verstärkung derselben auftritt. Man sagt, die Division des Generals Ladmirault, welche der Kaiser gestern inspiziert hat, sei dazu bestimmt, Ancona zu besetzen. Den offiziellen Mittheilungen zufolge ist dieselbe nach Lyon bestimmt. Dasselbe Gerücht will wissen, die zum Auslaufen im Hafen von Toulon bereit liegende Eskadre von 6 Schiffen unter dem Befehl des Kontreadmirals Paris werde sich nicht nach Syrien, wie es in den telegraphischen Depeschen heißt, sondern ebenfalls nach Italien begeben. Authentische Nachrichten darüber werden in diesen Tagen zu erwarten sein, da man annimmt, daß der gestern Nachmittag zusammengeretene „Geheime Rath“ eine Entscheidung über die im Orient wie in Italien zu befolgende Politik getroffen hat. Trotz der gestern im „Moniteur“ enthaltenen Mittheilung, die Gerüchte über einen Ministerwechsel entbehrt jeder Begründung, bringt man mit dieser Sitzung des Geheimen Raths einige Veränderungen im Ministerium in Zusammenhang. Daß das Kabinett während einiger Tage auf sehr unsicheren Füßen gestanden hat, ist Thatlichkeit. Ich glaube Ihnen bereits mitgetheilt zu haben, daß Persigny auf die Auflösung der religiösen Vereine, namentlich derjenigen zum heiligen Vincenz de Paula bestanden hat, seine Kollegen in dessen dagegen gewesen sind. Augenblicklich handelt es sich um einen weiteren Schritt in dieser Angelegenheit: um die Vertreibung der Jesuiten aus Frankreich, indem man sich auf die dahin lautenden Gesetze vom Jahre 1773 bezieht. Es ist nicht zu verken-

nen, und die Regierung ist darüber vollständig unterrichtet, daß die ultramontane Partei die Bevölkerung in den Provinzen, vorzüglich des mittäglichen Frankreichs, auf jede Weise gegen das Gouvernement aufhebt. Als Beweis kann ich Ihnen anführen, daß ein Brief aus Nîmes, der mir im Original vorliegt, die Befürchtung eines Aufstandes ausspricht. Diese Sorge ist jedenfalls übertrieben, allein sie kennzeichnet die Stimmung der Gemüther. Mit Recht oder Unrecht sieht der Kaiser die Ursache dieser Erregung in dem geheimen Treiben der kirchlichen Vereine und vor Allem der Jesuiten und wünscht durch die Vernichtung und Ausweisung derselben die unruhige Stimmung zu unterdrücken. Seine Ministertheilten seine Ansicht, mit Ausnahme Persigny's, nicht und es steht fest, daß ein Ministerwechsel stattgefunden haben würde, wenn nicht ein absoluter Mangel an befähigten Persönlichkeiten vorhanden wäre. Die kleine Anzahl der Getreuen, welche den Kaiser umgeben, macht einen vollständigen Wechsel unmöglich, da außer ihnen Niemand die erforderlichen Eigenschaften für einen napoleonischen Staatsmann besitzt. Man spricht in der Stadt viel von einer Versammlung, welche die Minister in dem Hotel ihres Kollegen, des Grafen Chasseloup-Laubat, vorgestern gehalten, und in welcher die Herren eine sehr gedrückte Miene gezeigt haben.

Ich habe schon früher von dem brutalen Artikel der „Patrie“ über die Beteiligung der Orleans an dem Begräbniß der Herzogin von Kent geschrieben. Dieser Artikel rührte bekanntlich von Persigny selbst her, der ihn auf Befehl des Kaisers verfaßt. In Folge des staltgehabten diplomatischen Verkehrs über dieselbe Angelegenheit ist vor wenigen Tagen ein Schreiben Lord Palmerstons an Persigny eingelaufen, welches in einem sehr bittern Ton gehalten sein soll. Man erwartet übrigens hier den diesseitigen Botschafter am englischen Hofe, Graf Blahaut, welcher sich einige Zeit hier aufzuhalten wird. — Sie werden aus allen Mitteilungen, die ich Ihnen gemacht habe, erkennen, daß die Befürchtungen eines Krieges allgemein vorherrschend sind. Von welcher Seite her wird der Sturm kommen, ist die Frage, die man sich stellt, und jeder wünscht lebhaft, diesem Zustand der bangen Ungewissheit möge bald ein Ende gemacht werden. Ein seit dem Jahre 1848 nicht erhörter Stillstand macht sich in allen Zweigen geltend, und die Mauern von Paris sind buchstäblich mit den Anzeigen von Zwangsverkäufen bedekt. In diesem Augenblick hält man Ungarn für das entscheidende Moment, und in der That hat es fast den Anschein, als ob die französische Regierung mit Rücksicht auf die dort zu erwartenden Vorfälle in der Klärung ihrer eigenen Politik ein wenig zögere. Aufallend ist eine Korrespondenz, welche der heutige „Moniteur“ aus Pesth veröffentlicht. Nach diesem Briefe zu urtheilen, ist der Ausbruch eines offenen Konfliktes zwischen Österreich und Ungarn kaum noch zu vermeiden; der Schreiber desselben legt ein besonderes Gewicht auf die vollständige Einigung der Kroaten mit den Ungarn und erklärt, daß man selbst in Wien die Hoffnung aufgegeben habe, daß sich diese Nationen an den Sitzungen des Reichsraths beteiligen würden. Die Veröffentlichung dieses den Ungarn sehr günstigen Schreibens im offiziellen Blatt hat viel Aufsehen gemacht. (Noch ist aber doch dort nicht alle Hoffnung geschwunden wie wenigstens österreichische Quellen behaupten. D. Ned.) Edmond About ist mit einer Broschüre beschäftigt, deren Titel noch ein Geheimnis, deren Tendenz indessen sehr kriegerisch ist. Ed. About ist bekanntlich in seinen Broschüren stets inspiriert, wie ja auch seine Broschüre „la Prusse en 1860“ ihm korrigirt von Fontainebleau, wo sich damals Napoleon aufhielt, zurückgeschickt worden ist. Von Morgen ab wird übrigens ein vor längerer Zeit geschriebenes Buch: „la Question Romaine“ frei erscheinen. Dasselbe war von der Regierung bisher mit Beschlag belegt worden. — Unter dem 2. April haben Madame Patterson und ihr Sohn dem Prinzen Napoleon angezeigt, daß sie gegen das in der ersten Instanz gefällte Urteil Appell eingelegt haben. — So eben erfahre ich, daß innerhalb weniger Tagen die französische Regierung das Königreich Italien anerkennen wird, jedoch mit einigen Beschränkungen hinsichtlich Venetien und Noms. Ich gebe Ihnen diese Nachricht, wie man sie mir mittheilt, und kann durchaus keine Garantie für ihre Richtigkeit übernehmen. — Vor wenigen Tagen hat sich in Civitavecchia ein ähnlicher Fall zugetragen, wie die plötzliche Ankunft der piemontesischen Trainwagen vor Rom. Auf der Rheda erzielten nämlich zwei piemontesische Kriegsschiffe und verlangten die Erlaubnis von dem Delegaten des Papstes, einen Theil ihrer Mannschaft ausschiffen zu dürfen. Als derselbe dies nicht gestattete, legte sich der Kommandant der in Civitavecchia stationirten französischen Truppen ins Mittel und erwirkte die Erlaubnis für die Offiziere der Kriegsschiffe, welchen von Seiten der Bevölkerung ein außerordentlicher Empfang in Theil wurde.

Paris, 4. April. [Tagesbericht.] Heute Nachmittag hielt der Kaiser auf dem Karrousselplatz eine Mustering über die Division des General Ladmirault ab, welche Paris verlassen wird und, wie es heißt, sich nach Toulon begeben soll. Es war das 45., 49., 56. und 74. Linienregiment und 19. Jägerbataillon, sämtlich Truppen, die bei Magenta und Solferino mitgefochten haben; außerdem eine Brigade leichter Kavallerie und zwei Batterien zu Fuß und eine Batterie zu Pferde. Neben dem Kaiser ritt der kleine Kronprinz in Grenadieruniform. Die Truppen trugen sämtlich die neue Uniform: die kurze Jacke, weite, in lederne Halbstiefel gesetzte Hosen, weiße Komaschen und den ledernen Gato. Ein französisches Kriegsschiff hat Befehl erhalten, sich an die Mündung des Tajo zu begeben. — General Gouffre ist in Paris angelommen. — Die Marine-Artillerieschule in Lorient soll neu eröffnet werden. Sie hat durch die letzten Versuche mit verschiedenen neu erfindeten Kanonen eine größere Bedeutung erlangt. — Prinz Napoleon will die nächste Gelegenheit im Senat benutzen, um sich gegen die Kandidatur des Prinzen Murat, seines Vaters, für den süd-italienischen Thron mit großer Entschiedenheit auszuspielen. — In Finnland soll, wie man hier erfahren haben will, gegenwärtig eine große Aufrégung herrschen. — Man legt hier der Ernennung des Admirals Bouët Villainez zum Seepräfekten in Toulon große Wichtigkeit bei. Dieser Offizier gehört zu den ausgezeichnetsten der französischen Marine, ist besonders ein vortrefflicher Organisator und hat in Krimkriege diese Eigenschaft als Chef des Generalstabes des Admirals Hamelin bewiesen. Die Rüstungen in dem genannten Seehafen haben, wie man jetzt weiß, ein Hauptobjekt in Syrien, aber es heißt, daß ein zweites stärkeres Geschwader für das Adriatische Meer bestimmt sei. — Die „Patrie“ meldet, daß die ungarische demokratische Partei als Antwort auf die letzte Erklärung des Kaisers ihr Programm aufrecht erhält. Nach diesem Programme würde sich Ungarn selbst verwöhnen und mit Österreich nur durch den Kaiser verbunden sein, der zugleich König von Ungarn sein würde. — Die hiesigen Polen sollen ihre Landsleute in Galizien dringend erzählen, sich durch nichts unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einer Insurrektion fortsetzen zu lassen. — General Klapka, General Bixio und andere Führer der Bewegung haben vorgestern hier eine Zusammenkunft mit Mieroslawski und einigen andern Polen gehabt, in welcher die Bildung einer polnischen Legion beschlossen worden ist; die Anwerbungen würden in Paris geschehen. Nach dem „Journ. de Constant.“ soll ja Mieroslawski gegenwärtig in Montenegro sein. D. Ned.) — Garibaldi hat ganz neulich von Madame Ristori eine Summe von 22,000 Fr. empfangen, welche die große Künstlerin von dem Ertrag ihrer Vorstellungen in Russland abgezogen.

Der „Salut public“ erzählt, daß die Handelskammer von Lyon, welche hoffte, daß eine genaue Prüfung der, wie man sagte, in so großen Quantitäten im Sommerpalast des Kaisers von China gefundenen Seidenwaren der lokalen Fabrikation von Nützen sein könnte, an das Kaiserliche Kabinett eine Petition gerichtet hat, um von den so außerordentlich gerühmten Stoffen Nutzen zu erhalten. Nun versichert man uns aber, sagt obiges Journal, daß die Antwort lautete, daß alle diese Seidenwaren „in zwei Kleidern von keinem Werthe“ bestehen. Diese Anecdote, deren Authentizität bestätigt wird, reicht sich würdig an die Geschichte der bekannten So-Statue, welche 12 Fuß hoch und ganz von massivem Gold sein sollte, schließlich aber nur aus vergoldetem Gips bestand. — Der Generalstab der Seesalp hat eine Subskription mit 2000 Fr. eröffnet, um dem Maréchal Massena auf einem der öffentlichen Plätze Nizza's ein Monument zu errichten.

— [Zur italienischen Frage; dänische Propaganda.] In diesem Augenblick stehen zwar die Franzosen der Kandidatur Murats auf Neapel noch fern, indessen nehmen in Paris in Bezug hierauf die folgenden Ideen ihren Gang. Wenn Neapel nicht zu Piemont kommt, so kommt auch der Kirchenstaat nicht zu demselben, sondern die Konföderation würde mindestens drei italienische Staaten umfassen. Die Anhänger des Papstes hätten also allen Grund, ein muratistisches Königreich Neapel der Einheit Italiens vorzuziehen. Was nun zunächst die Erhaltung des Kirchenstaates anbetrifft, so würde der Papst im Falle einer muratistischen Restauration vielleicht Nom behalten, aber Neapel würde sicher einen Theil des Kirchenstaates in Anspruch nehmen.

Es ist bereits berichtet worden, daß nach den Geständnissen des Marquis Pepoli, d. h. der nach den Murats zunächst beteiligten Person, das ursprüngliche Abkommen unter den Parteien, die Italien revolutionieren wollten, das war, daß die Halbinsel in eine nördliche und eine südliche Hälfte zerfälle. Neapel sollte aber, da Piemont ganz Mittelitalien erhielte, sich dafür den bei weitem größeren Theil des Kirchenstaates einverleiben. Dieser Punkt ist zu beachten, weil der Ausbruch der muratistischen Bewegung bevorstehen dürfte und in diesem Augenblick in Paris selbst Unterhandlungen darüber schwanken. — Die dänische Propaganda in der französischen Presse hat nachgerade einen Höhepunkt erreicht, der es unmöglich erscheinen läßt, solchen Verdächtigungen und Entstellungen von Thatsachen nicht auf das Energischste entgegenzutreten. Wie wir hören, stehen sehr ernste Zurechtweisungen der dänischen Federn bevor, die sich wie in den Jahren 1848 und 1849 bemühen, den jetzt rein deutsch-dänischen Streit als eine europäische Angelegenheit darzustellen. Selbst die Polen werden zu Hilfe gerufen. Ein Herr Chopin ist als Autor bei der Herausgabe einer Broschüre benutzt worden, die den Titel führt: „la clef de la question des duchés Danois.“ Dieser Schlüssel schließt aber nichts weiter auf, als die Unverschämtheit einer Partei, welche findet, daß die Diplomatie in höchsten Grade ungerecht gegen Dänemark gewesen ist. Man hätte einfach zugeben sollen, daß Schleswig in Dänemark inkorporirt wird. Im hiesigen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat man andere Auffassungen, und ist namentlich über das jüngste Finanzmanöver und die Leichtgläubigkeit des englischen Ministeriums nicht wenig verwundert. Wie leicht es ist, auf die Ignoranz des hiesigen Publikums zu spekulieren, wie dies von dänischer Seite geschieht, mögen Sie aus der nachstehenden Notiz der „Presse“ ersehen: „Man sagt, daß der König von Dänemark eine Reise machen und seinen Sohn zum Regenten ernennen will, damit er eine Angelegenheit, die er nicht hat lösen können, nicht selbst sich entwickeln sieht.“ (Pr. B.)

Paris, 5. April. [Tagesnotizen.] Wie man erfährt, weiß der Kaiser in dem Schreiben an den Prinzen Murat (s. Teil. in Nr. 80) eine jede Solidarität mit den von dem Prinzen gethanen Schritten zurück, für die er, so wie für die, welche er in Zukunft unternehmen werde, allein verantwortlich sei. — Auf die Türkei, Italien und Österreich scheinen sich die kriegerischen Befürchtungen hier nicht zu beschränken. Zum wenigsten haben die französischen Seepräfekten Befehl erhalten, die Vertheidigungsanstalten aller Seehäfen zu vervollständigen und die Küstenpunkte, welche es zulassen, zu befestigen. — In Turin ist eine hochgestellte russische Persönlichkeit angekommen und hat Konferenzen mit dem Grafen Cavour und dem Könige gehabt. — Omer Pascha, der in voller Gnade steht, ist vom Sultan zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden. — Viceadmiral Le Barbier de Tinan hat den Befehl erhalten, alle Vorkehrungen zu treffen, damit er am Ende des Monats in jedem Augenblick auslaufen kann. Wohin, ist noch nicht bekannt, doch geht das Gerücht immer noch, daß Geschwader werde eine kleine Übungsfahrt in dem Adriatischen Meere anstellen. — Die übermorgen stattfindende feierliche Eröffnung der Rheinbrücke zwischen Kehl und Straßburg soll, in Unherrach der jeyigen gespannten Lage, auf Wunsch der hiesigen Regierung einen durchaus unpolitischen Charakter bekommen. — General Goyon hat von Rom aus einige seiner Offiziere zur Inspektion nach Ancona abgesetzt.

Schwed.

Bern, 2. April. [Prof. Hildebrand.] Der „B. f. N.“ wird mitgetheilt, daß man gegen den Professor Hildebrand seit seiner Rückkehr nach Bern nichts weiter unternommen hat. Staatsanwalt und Gericht, denen man die Sache nach Erlaß der Steckbriefe gegen ihn übergeben, haben vielmehr geradezu nicht den geringsten Grund zu einer Untersuchung gegen ihn gefunden. Professor Hildebrand war bekanntlich früher Professor in Marburg und sowohl Mitglied der kurhessischen Ständeversammlung, wie des Frankfurter Parlaments.

Talien.

Turin, 30. März. [Die italienische Emigration.] Die offizielle Zeitung veröffentlicht heute folgende wichtige Note in Bezug auf die italienische Emigration: „Die Regierung, welche stets die Emigration freigiebig unterstützt hat, und zu diesem Zweck noch weitere Mittel vom Parlament verlangt, muß sich bei der Vertheilung dieser Mittel in den Grenzen einer weisen und klugen Dekommission halten. Sie hat demgemäß entschieden, daß die Ausgewanderten, welche zur Armee gehören, zur Erneuerung ihres Engagements zugelassen werden, und daß auch alle anderen in die Lage versetzt werden, sich einzurichten zu lassen, überzeugt, daß wer auf diese Weise dem Vaterland dienen kann und es nicht thut, auf keine Unterstützung Anspruch hat. Außerdem hat sie beschlossen, daß alle Emigranten sich mit einer Aufenthaltskarte zu versehen haben, und daß diejenigen, welche eine Unterstützung genießen, an den Orten wohnen müssen, welche ihnen von der Regierung angewiesen sind.“ Diese Verordnung hängt offenbar zusammen mit den Maßregeln, welche zur Verhütung toller Handstreichs von Seiten der Freischaren getroffen werden.

Turin, 2. April. [Organisation der Garibaldischen Armees; römische Unterhändler.] Die vier Divisionen der Garibaldischen Armees (Bixio, Medici, Cesenz, Turr) sollen vollständig organisiert werden. Sie würden, unter Gialdini's Leitung gestellt, einen integrierenden Bestandtheil der italienischen Armees ausmachen; doch wird die Regierung schon jetzt ausdrücklich erklären, daß für den Fall eines Krieges sämtliche vier Divisionen unter den Befehl Garibaldi's gestellt werden sollen. Die Umgehung Fanti's ist ein bedeutendes Zugeständnis, das Garibaldi und dessen Armeen mit Dank anerkennen werden. Auch die Garibaldischen Schießanstalten sind genehmigt und werden militärisch organisiert werden. Wenn ich nicht irre, ging die Initiative zu dieser neuen Maßregel von General Bixio aus. Die Regierung gewinnt dadurch völlige Sicherheit in Bezug auf Garibaldi's Leute und wird nicht mehr zu befürchten haben, daß diese sich zu vereinzelten Unternehmungen verleiten lassen könnten. Also auch dem Auslande gegenüber wird die Regierung Kräftigung aus dieser Organisierung der Armees Garibaldi's schöpfen. — Dr. Pantaleoni und Pater Pasaglia sind hier angekommen. Obgleich ich nichts Bestimmtes über den Zweck des Hierseins dieser Herren weiß, so mag doch die Annahme, dasselbe beziehe sich auf das künftige Verhältnis des Papstes zu Italien, keine allzu gewagte sein. (R. B.)

Turin, 4. April. [Kammerverhandlungen; Ernennung.] Ferrari bemerkte heute in der Deputirtenkammer, daß die Lage der südlichen Provinzen eine gefährliche und schwierige sei. Er beantragt eine Untersuchung, um die Mittel festzustellen, durch welche die Lage dieser Provinzen verbessert werden könnte, prüft die verschiedenen Zweige der Verwaltung in Neapel und Sicilien und behauptet, daß die Regierung nicht verstanden habe, die Liebe der Bevölkerungen dieser Länder sich zu erwerben. Der Redner äußert sich demnächst lobend über die französische Allianz, auf welche allein er sein Vertrauen setzt. Er macht Anspielungen auf die neapolitanische Autonomie, auf das Reich der Bourbonen, auf das Murats und erregt das Missfallen der Kammer. Er verherrlicht schließlich Garibaldi, welcher das Werk Masaniello's forsetzt und in sich die Eigenschaften eines Volkstribuns und eines Soldaten vereint. Herr Scialoja sprach gegen Hen. Ferrari's Ansichten. Marchese Peppi konstatierte, daß Joachim Murat der Erste gewesen sei, welcher 1815 die Unabhängigkeit und die Einheit Italiens proklamiert habe. Die Sitzung dauerte den Abend noch fort. Garibaldi, durch eine Unmöglichkeit abgehalten, wohnte derselben nicht bei. — Der König hat am 2. d. wie die „Opinione“ meldet, die Ernennung der vier Generalsekretäre für Neapel unterzeichnet. Es sind dies: Silvio Spaventa für das Innere und die Polizei, Professor Mancini für die Justiz und die geistlichen Angelegenheiten, Paolo Emilio Sembrani für den öffentlichen Unterricht, den Ackerbau und Handel, und Vittorio Suchi für die Finanzen und die öffentlichen Arbeiten. Herr Suchi war Domänedirektor von Cagliari. — Herr Filippo Gadorna ist zum Generalsekretär des Finanzministeriums ernannt worden.

Rom, 30. März. [Reibungen mit dem Militär; Ausweisungen.] Am Montag war die von Fremden und Malern so gern besuchte Fiera di Grotta ferrata: viele tausend Landleute aus dem Albanergebirge in ihren bunten Kostümen besuchten diesen Jahrmarkt, diesmal war auch eine außerordentliche Menge von Römern mit der Eisenbahn hinaufgefahren. Die päpstlichen Garabini, welche die Ordnung zu überwachen hatten, wurden, als sie in Patrouillen die Runde begannen, wo sie sich sehen ließen, von der Menge ausgesetzt, verhöhnt und beschimpft, so daß zur Vermeidung blutiger Händel eine Abtheilung Franzosen zur Übernahme der Polizeiwache an ihre Stelle kommandiert werden mußte. In Rom selber ist die Spannung zwischen Volk und Garabini eine noch schlimmere; wir befinden uns nach der Seite hin in einem verdeckten Belagerungszustande. Denn ließ die Polizei noch vor Kurzem gehen und laufen, was ihr nicht geradezu mit den Angriffswaffen zu Leibe ging, so beliebt sie jetzt wieder eine von der früheren gar verschiedene Praxis. Seit vorgestern wurden aufs Neue gegen 60 Personen ausgewiesen, welche Verbindungen mit dem Regiment piemontesischer Freischaren in der Sabina kommandirenden Obersten Masi hatten. Die liberalen piemontesischen Parteigänger begreifen nicht, wie ihre Freunde, die Franzosen, das zulassen können. Diese hingegen entschuldigen sich mit diesfallsigen vorliegenden Befehlen. (B. B.)

Neapel, 27. März. [Ungarische Freiwillige; Agitation.] Der „Times“ wird von hier geschrieben: „Ich halte es für wichtig genug, Ihnen mitzuteilen, daß mit dem gestern aus Malta hier eingetroffenen französischen Dampfer „Génisse“ 170 ungarische Freiwillige aus Konstantinopel hier angekommen sind. Die meisten von ihnen gehören hochstehenden Familien an. Sie wurden durch Lieutenant Walker, den gegenwärtigen Kommandanten der ungarischen Legion in Nola, empfangen und werden dieser einverleibt werden. Natürlich wird man sie pro forma sofort auseinandergehen lassen, worauf sie sich nach ihrem Bestimmungsort (wahrscheinlich Montenegro) begeben werden. Gegen Ende d. M. wird eine noch größere Truppe Ungarn aus Konstantinopel erwartet und so wie die Sachen sich ansehen, schleicht sich der Krieg immer näher heran. Seit 2, 3 Monaten hörte ich schon von geheimen Werbungen, doch versicherten mich die Werbenden immer, ihr Zweck sei Ungarn. Gleichzeitig bedeckt Platano, mit der Aufschrift Roma e Venezia und zur Befreiung dieser beiden Städte auffordernd die Häuser Neapels. Kurz, es herrscht Bewegung in ganz Italien und der Zentralregierung dürfte es schwer werden, dem allgemeinen Drange zu widerstehen, selbst wenn es ihr wirklich um Erhaltung des Friedens zu thun sein sollte.“

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel. Man schreibt der „B. B.“ aus Rom, 30. März: Diesen Vormittag brachten piemontesische Soldaten 150 in Gaeta vorgesetzte Freischaren, mit erbitterten Waffen bewaffnet, hier durch. Sie gehen nach Ancona. (?) Wie der „Indép. Belge“ aus Paris geschrieben wird, wäre der Papst entschlossen, Rom zu verlassen, sobald die Piemontesen einrücken; die gewöhnlichen römischen Correspondenzen behaupten nun zwar das Gegenteil, in der diplomatischen Welt aber gäte dieser Entschluß für eine ausgemachte Sache; eben so sei es falsch, wenn Antonelli als mit Merode in Opposition dargestellt werde: beide seien in der Sache einig, nur trete Antonelli weniger schroff auf. Derselbe Correspondent will wissen, es stehe außer Zweifel, daß die Pretposten, Reliquien und die Pius IX. von fiktiven Ver-

sionen dargebrachten Gaben in Kisten verpackt und unter Leitung des Abts L., eines Subalternbeamten des päpstlichen Hauses, nach Spanien abgeschickt worden seien.“ Der Korrespondenttheit zugleich folgende Stelle aus dem Briefe eines römischen Kardinals an einen französischen Bischof mit: „Die Lage verschlimmert sich täglich, und ich sehe neues Unheil heranziehen, das uns zwingen wird, Rom zu verlassen; vielleicht habe ich das Glück, bei Ihnen eine Zufluchtstätte zu finden. Mehrere meiner Kollegen sind gesessen, sich nach dem südlichen Frankreich oder nach Nizza zurückzuziehen, da diese Stadt nicht mehr zu Piemont gehört und man dasselbst mit einem Gefühl der Sicherheit leben kann.“ Lieferungsverträge für die französische Besatzung in Rom, die am 31. März abgelaufen waren, wurden auf weitere sechs Monate mit dem Vorbehalt abgeschlossen, daß dieselben bis 1. April 1862 gelten würden, wenn die französische Regierung dem Lieferanten dies vier Wochen vor Ablauf des Halbjahrs ankündige; auf der andern Seite aber seien auch alle Gerüchte, daß die Franzosen in Rom gegenwärtig Vorbereitungen zur Aufnahme neuer Verstärkungen trafen, grundlos; seit acht Tagen seien alle derartigen Schritte eingestellt.

Die Wegnahme falschen Geldes, das aus Rom ins Neapolitanische eingeschmuggelt werden sollte, ist, wie der „Indépendance“ geschrieben wird, nun offiziell bestätigt; es waren Säcke voll Kupfergeld, das auf dem Postamte, wohl verpackt und mit Adresse u. s. w. versehen, eintraf, weshalb es denn ein Leichtes war, die in die Sache Verwickelten festzunehmen. Uebrigens fügt der Korrespondent hinzu, er halte Franz von Bourbon für unfähig, die Anfertigung von falscher Münze anzurufen; aber sein fortgesetzter Aufenthalt in Rom habe zur Folge, daß mehr und mehr sein Ansehen schwunde, zumal er von dort aus fortwährend Kammerherren ernenne, Großkreuze austheile u. s. w. und dadurch ernsten Männern ein Lächeln abnötige, die sonst über königliches Unglück nicht lachen würden. In Betreff der Unruhen der Rothgesärbten in Neapel hat es sich laut der „Indépendance“ erwiesen, daß die Hauptanstifter entlassene bourbonische Soldaten waren, die nach zweimonatlichem Urlaub wieder einberufen werden sollten. Diese Leute hatten sich für das Geld, das ihnen ausbezahlt wurde, um heimzulehren, rothe Hemden statt Fahrbillets gekauft und das Gefindel aufgereizt, um Skandal zu machen. Auch von den Garibaldianern hatte sich eine Anzahl bei dem Auftritte im Finanzministerium betheilt, weil man den Leuten aufgebunden, Garibaldi habe jedem seiner Kampfgenossen zwei Ducati geschickt, damit sie sich vergnügte. Oftmals machen sollten, die Finanzdirektion aber wolle diese Geldsendung ihnen vorenthalten und den piemontesischen Truppen als Festzulage zu geben lassen. Neapel ist, diesem Korrespondenten zufolge, jetzt voll bourbonischer Leute, welche die große bourbonische Retirade von Marsala nach Palermo, Milazzo bis in die Zitadelle von Messina mitgemacht haben, ganz verwildert und zerlumpt sind und nun die Straßen als freche Bettler, die Lazaronikneipen als Unruhestifter füllen.

Das „Journal des Débats“ bringt einen Bericht über die süd-italienischen Verhältnisse, der so beginnt: „Die Nachrichten aus den Provinzen sind gut; das Räuberwesen, das eine Weile während der Belagerung von Gaeta Schrecken erregte, hat nirgends wirklich festen Fuß gesetzt; in der Provinz Neapel, in der Terra di Lavoro, in den Provinzen Aquila, Bari, Catanzaro, Reggio und in der Basilicata herrscht vollkommene Ruhe und Sicherheit, was unter der früheren Regierung niemals der Fall war. In den Provinzen Avellino, Chieti und Chosenza kommen noch kleine Banden vor, zwischen Avellino und Nola noch eine von 40 Mann, gegen welche zwei Kompanien Vertragliet nach Montelarchio gelegt wurden. Eine andere, die 24 Köpfe zählt und aus den Trümmern der Reaktionäre von Arielli und Orsigna besteht, hält sich noch am Fuße der Majella und entwaffnete in voriger Woche den kleinen Nationalgardenposten des Dorfes Altina und zwang dem Kommandanten eine Brandstiftung von 2000 Ducati ab; endlich haußen noch sieben oder acht Banditen in der Sila bei Cosenza. In den Provinzen Teramo, Capitanata und Lecce giebt es keine Räuber mehr, doch treiben sich in kleinen Schwärmen noch zerstreute Soldaten in den Waldungen umher. In Salerno verwüsteten im letzten Monate die Bauern das Eigenthum der königlichen Domäne und die Waldungen. Diese zuverlässige Übersicht des Standes der Dinge in allen neapolitanischen Provinzen kontrastirt mit den Schrecksbildern gewisser Blätter. Wenn man bedenkt, daß Pigolo mit seiner Bande acht Jahre lang unter den Bourbonen zwischen Befuv und Sarno, also vor Neapels Thoren, das Feld behauptete, daß die hevalreskan Banditen Mora's sich in Foggio zehn Jahre, bis zum Sturze Franz II. behaupteten, daß Tallarico die Sila gegen ganze Regimenter zehn Jahre beherrschte und General del Garretto mit diesem Räuber förmlich Frieden schließen und ihm eine Pension von 14 Ducati monatlich anbieten mußte, so erhellt, daß die Provinzen schon jetzt ungleich sicherer sind, als unter den Bourbonen.“

Das Schicksal der noch in Neapel befindlichen sicilianischen Beamten ist endlich entschieden; sie erhalten keinen Gehalt mehr, wenn sie aber nach Sicilien zurückkehren wollen, werden sie auf Staatskosten dahin gebracht. – In Ciminna, einem kleinen Orte Siciliens, wurden mehrere Personen gleichzeitig von dem Fieber befallen, die wilden Bergbewohner schrien über Vergiftung, und ermordeten ohne Erbarmen den Richter mit seinem Schreiber, die Magistratspersonen, die Aerzte und den Apotheker. Eine kleine herbeigeeilte piemontesische Truppenabtheilung wurde angegriffen, es kam zu erbittertem Kampf, der mit beiderseitigen großen Verlusten endete.

Spanien.

Madrid, 2. April. [Beziehungen zu Marokko; die portugiesische Opposition.] Die „Correspondencia“ versichert, daß, weit davon entfernt, die Wiederaufnahme eines Krieges zwischen Spanien und Marokko zu befürchten, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen nie freundhafter gewesen seien. – Die Abgeordneten in Portugal haben ein Manifest an die Nation gerichtet.

Portugal.

Lissabon, 27. März. [Niederlage der Regierung.] Der „Times“ wird von hier geschrieben: „Die Opposition, Herrn Fontes an der Spitze, hat endlich in der Deputirtenkammer eine Debatte zu dem Zwecke herbeigeführt, entweder einen Ministerwech-

sel oder die Auflösung der Cortes nötig zu machen. Die Abstimmung fand gestern Abends statt, und das Ministerium Soulé blieb in einem vollen Hause mit 4 Stimmen in der Minorität. Für das Ministerium stimmten 76, gegen dasselbe 80 Deputirte. Es handelte sich um den ministeriellen Gesetzentwurf zur Forterhebung der Steuern nach dem 30. Juni, dem Ende des Finanzjahres. Die Opposition hatte ein Amendment vorgeschlagen, dahn gehend, daß vorher das Budget für 1861–62 zu diskutiren sei, in Anbetracht, daß der Ausschuß bereits darüber Bericht erstattet habe und daß noch Zeit sei, es vor dem 1. Juli durch die Cortes zu bringen und so die zum Schlusse der Session vermeintlich nothwendige besondere Ermächtigung überflüssig zu machen. Der Staatsrat soll sich heute versammeln. Voraussichtlich wird die Auflösung der Cortes sofort verfügt werden, und man wird dann unverzüglich zu den Wahlen schreiten. Hier und da glaubt man, daß die Wahlen zu Ruhestörungen Anlaß geben und daß die in Kraft tretenden neuen Steuern den Vorwand dazu liefern werden. Ich glaube jedoch nicht, daß in dieser Hinsicht etwas Erhebliches vorkommen wird.“

Ausland und Polen.

Petersburg, 30. März. [Die Bauernemmanzipation; der Niegolewski'sche Antrag; zur holsteinischen Frage; Reiseerleichterungen.] Die Zeitungen sind noch immer fast ausschließlich mit der Emmanzipationsfrage beschäftigt, die sie trotz täglicher starker Beilagen noch lange nicht vollständig mitgetheilt haben, während sie zugleich in leitenden Artikeln dieselbe beleuchten. Der für das Ausland wichtigste Punkt, wie sich nämlich der Adel zu dem Gesetz stellt, wird leider gar nicht erwähnt; da indessen täglich aus den Gouvernementen Nachrichten über die Gründung neuer Gouvernementshöfe einlaufen, zu denen der Adel je zwei Besitzer wählt, so scheint derselbe jetzt wenigstens den passiven Widerstand der Verzögerung aufgegeben zu haben und vielmehr entschlossen, die Vortheile, welche ihm das Gesetz bietet, zu benutzen, um seine Interessen zu wahren. Professor Podolin hat einen Artikel über den Tag der Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes in Moskau geschrieben, den eine hiesige Zeitung veröffentlicht, indem sie dazu bemerkt, daß er nicht vollständig sei. Man hat also die Wahl, ob man anzenshindernde glauben oder annehmen will, daß die Ansichten des Blattes mit denen des Verfassers in einzelnen Punkten nicht übereinstimmen. Herr Podolin, der sich grade hier befand, reiste schleunigst nach Moskau, um dort der Verkündigung des Manifestes beizuwöhnen, und begab sich vom Bahnhofe sogleich nach dem Kreml. Die Kirche war keineswegs übersättigt und die Verlezung des Manifestes ging ohne irgend eine besondere Aufmerksamkeit vorüber. Auch am ganzen Tag geschah nichts, was einen bedeutenden Eindruck ankündigte, obgleich Herr Podolin eine formliche Jagd nach Eindrücken angestellt zu haben scheint, und alle zufälligen Aufmerksamkeiten beobachtete, wobei er einige unbedeutende Anecdote aufsicht. Ein betrunkener Muschik z. B. begegnet auf der Straße einer Frau und fragt sie: Bin ich frei? Die Frau, welche Eile hat, antwortet: Ein Narr bist du. Es schlägt sie, die Polizeimänner verhaften ihn; er fragt auch sie, ob er frei ist. Ja! aber jetzt gehen wir zum Polizeibureau. Ueberhaupt sollen an dem Tage, dem letzten des Karnevals, in Moskau wenig Betrunkenen gewesen sein. Den geringen Eindruck des Manifestes schreibt der Verfasser der unklaren Fassung zu, und auch wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß die Tragweite der Emmanzipation aus dem Manifest gar nicht zu erkennen ist, welches vielmehr die wichtigsten Bestimmungen, z. B. die bestimmte Aufhebung der Leibeigenschaft für ewige Zeiten, ohne Zweifel absichtlich umgeht. Am Abend des 17. fand übrigens in Moskau in einem kleinen Kreise von Literaten, Kaufleuten u. s. w. ein Festmahl zur Feier der Emmanzipation statt. Es wurde ein Toast auf Alexander den Befreier ausgebracht, und die Gesellschaft, welche nur 32 Mitglieder zählte, brachte schließlich durch eine Kollekte 2400 R. für die Hofseleute zusammen. – Das „Journ. d. St. Petersburg“ berichtet unter Berlin über den in der zweiten Kammer eingebrachten Niegolewski'schen Antrag und über die sich daran knüpfende Debatte als über einen curieux incident. – Die „Nordeutsche Biene“ bespricht die holsteinische Frage und hat von den preußenseitlichen Argumentationen der englischen Presse nicht viel profitirt. Nach ihr hat Deutschland niemals etwas mit Schleswig zu thun gehabt und Preußen hegt annexionslustige Gedanken. – Ein Ulas gestattet jungen russischen Kaufleuten, die das Alter von 17 Jahren erreicht haben, zu ihrer Ausbildung 6 Jahre lang im Auslande zu zubringen. So unfehlbar diese Maafregel ist, so zeigt sie doch hinreichend, daß man mit den alten Traditionen der Absperzung überall gründlich bricht, wie es ja schon lange in Bezug auf die Reisenden aus den höhern Klassen geschehen ist. Eine fleißige Benutzung des Zugeständnisses wird jedenfalls dazu beitragen, in den Kreisen, die bisher noch sehr gegen das Ausland abgeschlossen waren, eine genauere Kenntniß des Westens und eine Annäherung an denselben hervorzurufen, gar nicht zu sprechen von dem Nutzen, welcher Russland selbst daraus erwächst. (Schl. 3.)

Warschau, 4. April. [Die Stimmung; israelitische Deputationen beim Grafen Wielopolski; die Zensur; der Bürgerausschuß.] Die Reformen, welche durch den Ulas vom 26. März veröffentlicht worden sind, und die durch den Fürsten-Stathalter in Ausführung gebracht werden sollen, haben, weit entfernt, irgend Bedenken zu befriedigen, nur dazu beigebracht, die Stimmung im Publikum zu verschlechtern. In der Kaufmännischen Ressource, in welcher allabendlich sehr zahlreich besuchte Versammlungen stattfinden, und die sich zu einer Art von politischem Club herangebildet hat, sind mehrere der Artikel des Ulaas bei Verlesung desselben vollständig ausgezählt worden. Die Trauerabzeichen, welche seit den Ereignissen vom 25. und 27. Februar allgemein getragen werden, sollten nach Veröffentlichung des kaiserlichen Ulaas auf den Wunsch des Fürsten-Stathalters abgelegt werden. Dies ist aber, wie vorauszusehen war, nie bloß nicht geschehen, sondern man hat, dem ortsüblichen Ausdruck gemäß, die Trauer verdoppelt, d. h. noch mehr Trauerabzeichen angelegt. Man sieht jetzt fast Niemand mehr auf den Straßen, dessen Kleider nicht mit weißen Schnüren eingefäst, oder mit einem Kreppstreifen versehen wären. Das auf dem Ujazdower Platz, nahe der Stadt belegene, alljährlich am zweiten Osterfeiertag stattfindende Volksfest, unseres Pfingstfestes vergleichbar, ward in diesem Jahre von Niemand besucht. Besonders veranstaltete Sammlungen hatten zum Zweck, die Gewerbetreibenden, welche bei dieser Gelegenheit starke Absatz ihrer Waaren haben, für den Ausfall zu entschädigen. Man ist der An-

sicht, die gemachten Konzessionen entsprechen in keiner Weise den Bedürfnissen des Landes, welches verlangen müsse, den übrigen mit freien Konstitutionen versehenen Völkern Europa's gleichgestellt zu werden. Bevor nicht die Verfassung vom Jahre 1815 wiederhergestellt sein werde, können sich das Land nicht für befriedigt erklären, und müsse alle gesetzlichen Mittel zur Anwendung bringen, um dies Ziel zu erreichen. – Die Rede des Grafen Wielopolski an die Geistlichkeit hat ebenfalls einen ungünstigen Eindruck gemacht. Man tadeln den stolzen Ton, der in der selben vorherrscht. Heute Vormittags empfing der Graf den Synagogenvorstand der Warschauer Bezirke, das Komitee der Synagoge auf der Danielowicz-Straße, so wie eine Deputation von Israeliten aus der Stadt Pinczow (Majorat des Grafen Wielopolski). Nachdem er die Anwesenden bewillkommen und dem Oberrabbiner Weissels die Hand gereicht hatte, hielt er an sie nachstehende Ansrede: „Meine Herren! Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet für das mir bewiesene Vertrauen, wovon ich gestern wiederum einen für mich so ehrenvollen Beweis in den Zeitungen gefunden habe. Ich wünsche aufrichtig, daß die Bestrebungen, welche Sie immer auf vollkommen losem Wege zur Befreiung verschiedener Beschränkungen machen, von Erfolg gekrönt sein mögen, ich wünsche dies als Chef der Kultusbehörde, dessen Grundsatz eine gesunde Toleranz ist, ich wünsche dies als Jurist. Sie wissen, meine Herren, daß ich ein Anhänger derjenigen Zivilgesetzgebung bin, welche seit einem halben Jahrhundert ein Glied der Kette bildet, welche unsere Nationalität mit der europäischen Zivilisation verknüpft soll. Dem Geiste eines solchen Gesetzbuches sind alle Ausnahmeverordnungen fremd, fremd alle Ausschließungen von dem Zivilgesetz. Fürgtren Sie, meine Herren, nicht, daß ich die Ansicht Derjenigen Theile, welche Ihnen den Rath geben und es Ihnen als eine Bedingung auferlegen, aufzuhören das zu sein, was Sie hauptsächlich sind, den Handel und alle das mit in Verbindung stehenden Geschäfte aufzugeben und sich vor den Pfleg zu spannen. Ehrenwerth ist der Beruf des Landbebauers und ich wünsche, daß Sie daran teilnehmen mögen; ich selbst bin ja meinem Beruf nach Landmann, aber an solchen hat es uns, meine Herren, nie gefehlt, gemangelt hat uns nur der sogenannte dritte Stand, dessen Keim durch die Vorsetzung in Ihnen niedergelegt, kümmerlich hinkrankt. Lassen Sie uns die gemeinschaftliche Hand daran legen, daß dieser Keim sich belebe und entwickle. Hierin liegt Ihre soziale Bedeutung. Es wird dies zum großen Theil von Alters her kennzeichnenden Eigenschaften unserer Alter Gemeingut werden.“ – Von der Aufhebung der Zensur, die jetzt ebenfalls unter dem Grafen Wielopolski steht, verlautet noch nichts. Das Schwarzen anstoßiger Artikel scheint zwar ganz aufgehört zu haben, dagegen werden aber solche Nummern ganz konfisziert, was für die Zeitungsabonnenten um so unangenehmer ist. – Der Bürgerausschluß nimmt von den Bürgern der Stadt Warschau in nachstehenden Worten Abschied: „Die Mitglieder des Bürgerausschusses der Stadt Warschau fordern beim Ausscheiden aus den Funktionen der Hüter der öffentlichen Sicherheit die Bürger der Stadt auf, den einmal betretenen Weg nicht zu verlassen, und durch die Würde der Haltung die politische Reise zu beweisen, welche die polnische Nation trotz aller ungünstigen Verhältnisse zu erreichen im Stande gewesen ist; festzuhalten an der so wirksam eingeschlagenen Richtung, welche sich in der Auffassung der Gleichheit der bürgerlichen Pflichten und der Gleichheit der bürgerlichen Rechte aller Einwohner jeden Standes und Glaubensbekennisses so deutlich geöffnet hat. Die Würde und die Eintracht sind die beste Bürgschaft für die Zukunft unserer Nation.“ (Br. 3.)

– [Unruhen in Radom.] Wie mangelhaft unsere Bindungen im Lande sind, beweist aufs Neue ein wichtiger Vorfall in einer der bedeutendsten Provinzialstädte, der, wie wohl schon am Gründonnerstag vorgekommen, doch erst jetzt zu unserer Kunde gelangt. In der Gouvernialhauptstadt Radom haben nämlich am 28. März, also noch vor der Verkündigung der sogenannten Reformen, ähnliche Unruhen wie in Warschau vier Wochen früher stattgefunden. Doch scheinen keine Opfer geblieben zu sein; wenigstens sagt das vorliegende Altenstück, eine Ansprache der in Folge der Vorfälle gewählten Bürgerdelegation der Stadt Radom, nichts darüber; nur haben es die Behörden für angemessen, durch das Organ einer gewählten Bürgerdelegation einer Wiederkehr der Unruhen vorzubeugen und die dringenden Bedürfnisse der Stadt Radom ins Auge zu fassen. Ferner geht aus dem Dokument hervor, daß man mißliebigen Persönlichkeiten zu nahe getreten sein muß, denn die Delegation fordert namentlich zur milderen Beurtheilung irrender Mitbrüder auf. Der Aufruf ist von gestern datirt und von 13 Bürgern, worunter 2 Israeliten, unterzeichnet. Als Präsident ist Joseph Hirosz genannt. (Schl. 3.)

Warschau, 5. April. [Erneuerung; Demonstrationen.] An Stelle des Geheimraths Przewiecki ist der Chefsprovisor des neunten Departements des dirigirenden Senats, Wiss. Staatsrat Joh. Kanthi Wołowski, zum präsidirenden Generaldirektor in der Regierungskommission der Justiz ernannt worden. Der Grund des Rücktritts des Herrn v. Drzewiecki ist nicht in etwaiger Unpopulärität zu suchen, sondern wahrscheinlich nur in dem Bedürfnis des bejahrten Mannes nach mehr Ruhe, als ihm seine Stelle bei den gegenwärtigen Umständen gestattet. – Heute Vormittag fand ein äußerst zahlreich besuchter Gottesdienst in und vor der Reformatenkirche und Abends 8 Uhr wieder eine kirchlich-patriotische Demonstration auf dem mehrfach besprochenen Platze der Krakauer Vorstadt statt. (S. Del. in Nr. 80.) Beide Feierlichkeiten verliefen in bester Ordnung ohne irgend welche Störung. Vor der Reformatenkirche bemerkte man sogar den Oberpolizeimeister und andere höhere Persönlichkeiten, die beim Vorübergehen vor der singenden Menge wie andere Leute ihre Kopfbedeckung abnahmen. – Über die Vorgänge in der Provinz fehlen nähere Nachrichten. (Schl. 3.)

– [Feuersbrunst.] Am 31. März ist die Kreisstadt Rawy, 3 Meilen von Skierewice, von einer Feuersbrunst beim Wohnen von Israeliten bewohnten Theil der Stadt niedergebrannt. 160 Häuser sind eingäschert und 513 Familien (1700 Seelen) nicht nur obdachlos, sondern auch aller Existenzmittel beraubt.

Warschau, 6. April. [Aufhebung des Agrikulturvereins.] Der Agrikulturverein im Königreiche Polen ist durch einen Ulas, als den gegenwärtigen Verhältnissen unangemessen, auf

gehoben worden. Das Ministerium des Innern soll Vorschläge machen, um in den verschiedenen Landesgegenden Agrikulturkommissionen einzurichten. Der Fonds des Vereins sei vorläufig in der Bank zu deponieren.

Dænemarke.

Kopenhagen, 2. April. [Bang †.] Gestern starb hier
der vormalige Minister, Geh. Rath Bang, Justitiarius beim Höch-
stengerichte.

Zürfeli.

Konstantinopel, 3. April. [Blockade.] Die Pforte hat die Blockade der montenegrinischen Küste angeordnet. Wahrscheinlich dürfte Dmer Pascha zum Oberbefehlshaber der Armee in der Herzegowina und Bosnien ernannt werden.

Belgrad, 29. März. [Konversion.] Vor einigen Tagen ist hier der seltene Fall vorgekommen, daß ein türkischer Soldat von der Festungsgarnison, nur dem inneren Drange folgend, sich zu einem serbischen Geistlichen begeben hat, um ihm die Erklärung zu geben, daß es sein unabänderlicher Wille sei, zum Christenthum überzugehen. Er genießt nun den Religionsunterricht bei einem serbischen Geistlichen im Topschider. Bei seinem Eiser erwartet man, daß der Taufakt binnen Kurzem an ihm vollzogen werden wird. (N. P. 3.)

Vom Landtage

Haus der Abgeordneten

Berlin, 6. April. [31. Sitzung.] Am Ministerthale: Frhr. v. Schleinitz, v. Auerswald und v. Bernuth. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort (s. unser Telegramm in der Sonnabendzeitung) der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Frhr. v. Schleinitz:

Meine Herren! Ein Borgang, der in den letzten Tagen zur allgemeinen Kenntniß gekommen, hat in weiten Kreisen Aufsehen, und mit Recht Aufsehen erregt, welcher nur zu sehr geeignet ist, ein zweideutiges Licht auf die preußischen Diplomatie zu werfen. Nach den Zeitungen und anderweitigen hierher gelangten brieflichen Mittheilungen aus Palermo sind den dortigen Behörden Briefe in die Hände gefallen, welche angeblich ein der preußischen Gesandtschaft in Rom attachirter preußischer Offizier überbracht und in welchem der Ueberbringer als eine geeignete Mittels- und Vertrauensperson für die auf der Insel Sicilien intendirten Bestrebungen und die dortige politische Lage bezeichnet wurde. Es ist wohl nicht nöthig, zu versichern, daß die preußische Regierung solchen Bestrebungen fern steht, und daß eine solche Mitwirkung von der Regierung nicht allein nicht autorisiert ist, sondern im entschiedensten Widerspruch mit ihren offen ausgeprochenen Intentionen steht. Wenn dessenungeachtet eine solche Mitwirkung stattgefunden haben oder nur verucht und beabsichtigt sein sollte, was bis jetzt noch nicht erwiesen ist, so würde dieselbe von der Regierung auf das Nachdrücklichste und Unzweideutigste desavouirt, gemäßbilligt werden müssen. (Bravo!) Meine Herren! Keine Regierung kann den zu ihr in dienstlichen Beziehungen stehenden Personen gestatten, Politik auf eigene Hand zu treiben, oder sich wohl gar zum Träger und Organ fremder politischer Interessen und Zwecke zu machen. Die Regierung hat auch ihrerseits die erste Kunde von dem Vorfalle durch die Zeitungen erhalten und sofort die nötigen Anordnungen getroffen, um in kürzester Frist eine authentische und vollständige Aufklärung über den ganzen Sachverhalt zu erhalten und nach Maabgabe der Ergebnisse der angestellten Ermittlungen wird sie, ihres Amtes und ihrer Pflicht eingedenkt, die geeigneten Remedien nach allen Seiten hin einzutreten zu lassen wissen. Um aber von vornherein jeder Mißdeutung vorzubeugen und keinen Zweifel bestehen zu lassen über den Standpunkt, welchen die Regierung zu dieser unerfreulichen Angelegenheit einnimmt, hat sie gleich jetzt eine offene Erklärung vor dem Lande und seinen Vertretern abgeben zu müssen geglaubt. (Bravo!)

(Die Minister v. Patow, Graf Schwerin und v. Bethmann-Hollweg treten ein.) Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betr. die Eide der Juden. Zu der Generaldiskussion nahmen das Wort der Berichterstatter Dr. Gneist, die Abg. Reichenberger (Geldern), Leue und Wagner (Regenwalde). Letzterer will bloß seine persönliche Meinung aussprechen, obgleich er weiß, daß sein Votum nicht zum Verwerfen des Gesetzes führen werde. Der Judenteid sei keine Schande der früheren Gelehrten; er sei nicht aus dem Mittelalter hervorgegangen, sondern aus dem Gutachten von Rabbinern und jüdischen Gelehrten zur Zeit, als die preußische Gerichtsordnung revidirt wurde, wo man auch mit der Gesetzgebung sorgfältiger zu Wege ging als heute. Die Juden haben ein leichtes Gewissen den Christen gegenüber, welche sie als Fremde ansehen. Der Redner befindet sich in der Lage, das Gesetz zur Zeit noch ablehnen zu müssen. — Abg. Dr. B. eit: In den Formalitäten sei der letzte Rest der Folter enthalten, den müsse man beseitigen. — Der Justizminister: In der Einstimmigkeit, mit welcher die Kommission

Das Justizminister: In der Untersuchung, mit welcher die Abstimmung das Gesetz zur Annahme empfiehlt, liegt ein nicht zu unterdrückendes Argument für dasselbe. Im ganzen preußischen Staate befinden sich höchstens 500 Jüdengemeinden, von denen 400 petitionirt haben. Das sei aber keineswegs eine momentane Strömung. Das Amendeinent des Hrn. Waldeck sei nicht zu empfehlen, das Gesetz, betreffend die Eide der Juden, sei von diesem Amendeinent zu unterscheiden; in diese Materie einzutreten, sei man nicht genug vorbereitet. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. Der Berichterstatter Dr. Gne ist konstatiert, daß nur Herr Wagener sich als prinzipieller Gegner des Gesetzes erkennt. Den Gegnern des Gesetzes scheine es darauf anzukommen, den Juden etwas anzuhängen. Bei der Spezialdiskussion nahmen zu §. 1 das Wort die Abg. Wagener (Regenwalde) und Dr. Veit; der Paragraph wird mit sehr überwiegender Majorität angenommen. Zu §. 2 nimmt das Wort Abg. Waldeck, um sein Amendeinent zu vertheidigen, welches bezweckt, auch für die Christen die Formen anzunehmen, welche bei den Abgeordneten gebräuchlich ist, wobei es bedenkt werden soll, den ihm geeignet scheinenden konfessionellen Zusatz machen. — Abg. Wagener: Wenn das Amendeinent angenommen würde, müsse die Überschrift des Gesetzes geändert werden. Man würde dann sagen müssen: „Neben die Eide der Juden und heiläufig auch über die der Christen.“ Abg. v. Ammon: Der Verfassungseid ist sicher der wichtigste und die dafür gewählte Form könnte maßgebend sein; nur aus formellen, praktischen Gründen könne man sich gegen das Amendeinent erklären. — Abg. Waldbeck: Ist eine materielle Unebereinstimmung da, so möge man in der Gesetzgebung heute ihun, was heute zu ihun ist. Die Feierlichkeit des Eides wird durch die Einlichkeit derselben nur erhöht. — Abg. Strohn wünscht, daß bei der Revision der Gesetzgebung die Ausführungen des Herrn Waldeck in Erwägung gezogen werden möchten. Gleichwohl müsse man sich gegen das Amendeinent erklären und zwar wegen eines Fehlers gegen den §. 45 der Geschäftsordnung, welcher bestimmt, daß alle Amendeinten mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen müssen. Das Gesetz handle von dem der Eide der Juden, das Amendeinent von dem der Christen. Das seien zwei verschiedene Materien. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Berichterstatter erklärt sich auch gegen das Amendeinent, welches dann abgelehnt wird. Der §. 2 der Regierungsvorlage und sodann das ganze Gesetz werden unverändert angenommen, über die im Berichte erwähnte Petition zur Tagesordnung übergegangen.

Die zweite Nummer der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für das Gemeindewesen zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Pensionsberechtigung der Gemeinde-Forstbeamten in der Rheinprovinz. Das Haus tritt sofort in die Spezialdiskussion ein. Das Alinea 1 des §. 1 wird nach den (früher erwähnten) Beschlüssen des Herrenhauses angewommen, der Kommissionsvorschlag also

abgelehnt. Das Alinea 2 des §. 1 wie des §. 2 werden ohne Diskussion angenommen. Was den Eingang des Gesetzes betrifft, so wird nach den Vorstufen der Kommission beschlossen, die Worte „nach Anhörung der Provinzstände für den Umfang der Rheinprovinz“ auszulassen. Das Haus nimmt dann das ganze Gesetz mit großer Majorität an. — Das Haus geht zur Petition, die Änderung des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1849 und die Einführung des Ballots betreffend, über. Seit der Zeit, wo die Kommission den Bericht erstattet, sind noch viele Petitionen eingegangen, welche dasselbe verlangen. — Abg. v. Bethmann-Hollweg (Bromberg) schlägt eine motivierte Tagesordnung vor. — Abg. Schulze (Berlin): Die Meinungen des Hauses über das Wahlsystem gehen sicher so weit auseinander, daß es sich nicht empfehlen könnte darüber bei Gelegenheit einer Petition zu debattiren. Darauf kommt es aber den Petenten nicht an, sie wollen die faktische Unabhängigkeit bei Ausübung des Wahlrechts. Man möge ein System nehmen, welches man wolle, ob geheim oder öffentliche Abstimmung, das wird immer eine selbständige Frage sein. Gebunden wird die Regierung durch die Überweisung zur Berücksichtigung für ihr zukünftiges Wahlgesetz nicht, sie kann es uns Dank wissen, wenn sie jetzt schon die Meinung der Landesvertretung hört. Das geheime Stimmrecht ist das einzige Mittel, die Unabhängigkeit der Abstimmung zu sichern; man wird den ungesetzlichen Druck unmöglich machen, man wird auch die Bestechung beseitigen. Die Gesetzgebung hat vor allen Dingen der menschlichen Natur Rechnung zu tragen. Die Ausübung der wichtigsten Pflicht des Staatsbürgers kommt aber in Konflikt mit der Natur bei öffentlicher Abstimmung.

Der Minister des Innern, Graf Schwerin, wünscht die Tagesordnung. Es widerspricht meinem Gefühl, die Erklärung, daß die geheime Abstimmung für jetzt nicht den Interessen des Vaterlandes entspricht, hinter anderen Motiven zu verbergen, es widerstreift meinem Gefühl, mit der Erklärung zureitzuhalten, daß die Regierung die Petitionen in keinem Falle wertlos abfertigen können. Der Erlass eines Wahlgesetzes ist nicht opportun im Interesse der Wahlfreiheit. Keineswegs wird die Regierung die verlangte Änderung vornehmen können. Mißbräuche können bei der öffentlichen Stimmegebung vorkommen; die können aber überall und in jeder Form vorkommen. Die Frage, ob öffentliche, ob geheime Abstimmung, ist schon seit 100 Jahren vielfach erörtert worden. — Abg. Matthis (Barnim) empfiehlt aus Gründen der Konsequenz die motivirte Tagesordnung des Abg. v. Behmann (Bromberg). Die bösen Erfahrungen bei den Wahlen 1855 mögen die Petitionen verursacht haben; heute aber giebt es gefundene, als die uns vorgeschlagenen Mittel Regierungsbeamte dürfen nicht Wahlkommissarien sein, man müßte dazwischenliche Beamte wählen. — Abg. Braemer hält die Überweisung für eine sehr nützliche und schlägt sich vollständig der Ansicht des Abg. Schulz an; er meint, die Konsequenzen erfordern es durchaus nicht, heute so zu votiren wie früher, wie es Herr Matthis fordert. Zu der zeitigen Regierung hegt der Redner das Vertrauen, sie werde die von der vorigen Regierung angewandten Mittel verschmähen, indem sie sich aber gegen die geheime Abstimmung erklärt, sieht sie sich dem Verdacht aus, sie werde doch zu solchen Mitteln ihre Zuflucht ergreifen. — Abg. Wagener (Regenwalde) findet es grausam, den Herrn Minister des Innern immer an seinen Antrag im Jahre 1855 zu erinnern. Herr Braemer möge eine Vergnügungsreise nach Frankreich machen; dort wird er Neuland des geheimen Stimmrechts mahonehmen. Wenn man das Wahlrecht

er Resultate des geheimen Stimmrechts wahrnehmen. Wenn man das Wahlgey abändern wolle, so möge man sagen wie. Hier scheint es sich um etwas Anderes zu handeln. Dahlmann hält die öffentliche Abstimmung für die einzige eines Volkes würdige. Wie kommt es, daß die Männer, die Alles auf den tugendhaften Staatsbürger basiren, doch erklären, ja wir haben nicht den Mut, unsere Meinung öffentlich auszusprechen. Das kommt daher, daß die Anhänger dieses Systems den Staat und die Gesellschaft auseinandersehen Sie nicht bloß aus Frankreich, sondern auch aus Amerika. Sie werden niemals erzwingen, daß ein sozial Abhängiger zum politisch Unabhängigen werde. Der motivirten Tagesordnung könne man sich nicht anschließen. Das jegliche Wahlsystem sei kein Ideal, aber es sei besser, wie das frühere; man könne nur die einfache Tagesordnung empfehlen. — Abg. v. Carlowiz recht fertigt, warum er in früheren Sessioen für die Tagesordnung gestimmt habe. Herr Flotwell habe ein Wahlgesetz in Aussicht gestellt, der Graf Schwerin erklärt heute, daß dies nicht getheben wird, und nunmehr stehe er nicht am das Ballot für besser zu erklären. In der Theorie mag Alles ganz schön sein in der Praxis aber stellt sich Manches anders; von der jeglichen Regierung kann man hoffen, daß alles gut bleibt, aber der gute Steuermann bessert seine Steuerordner bei gutem Wetter aus und wartet nicht den Sturm ab. Die Nothwendigkeit des Ballots macht sich von Jahr zu Jahr mehr geltend. — Abg. Befeler hat das Gefühl, daß die Aufnahme dieser Frage unter ungünstigen Verhältnissen geschieht. Handelt es sich um so principielle Fragen und so principielle Antworten, so dürfen nicht einzelne Sätze maßgebend sein. Es sei zu bedauern, daß die treuen Rathschläge bei Gelegenheit der Adressdebatte noch keine Remedy zur Folge gehabt haben. Principielle Fragen darf man nicht bei Gelegenheit einer Petition so erörtern; das Votum, von Außen her veranlaßt, würde keine praktische Wirkung haben und nur ein Bekenntniß sein. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Persönliche Bemerkungen machen der Abg. Schulze (Berlin), er habe sich keinen idealen Staatsbürger gedacht, wie ihm dies von Herrn Befeler vorgeworfen, sondern einen einfachen praktischen Menschen. — Abg. Braemer: Herr Wagener hat mir eine Reise nach Frankreich anempfohlen; ich kann das Vergnügen billiger haben und brauche bloß nach Pommern zu gehen, um zu sehen wie dort reaktionäre Wahlen betrieben werden. (Große Heiterkeit). — Der Präsident hält bald

Bemerkungen nicht für persönlich. — Der Berichterstatter Abg. Pischel (Mecklenburg) vermag die Aufmerksamkeit des Hauses nach fünfstündiger Sitzung nicht mehr zu fesseln, auch auf der Tribüne bleibt er unverständlich. Er empfiehlt als Referent die Anträge der Kommission, persönlich aber die motivierte Tagesordnung. Bei der Abstimmung wird die vom Abg. Wagener vorgeschlagene einfache Tagesordnung abgelehnt, die motivierte Tagesordnung hingegen mit einer sehr geringen Majorität angenommen. Sie lautet: Unter Anerkennung des dringenden Bedürfnisses nach Erlass des im Art. 72 der Verfassung verheissen Wahlgesetzes, zugleich aber unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten welche zur Zeit diesem Erlass noch entgegenstehen, und in Erwägung, daß die Abstimmungsmodus nur im Zusammenhange mit dem gesamten Wahlystem geregelt werden könne, geht das Haus zur Tagesordnung über. — Nächste Sitzung Dienstag den 9. d.

— Die Militärkommission hat eine Ersparnis von über 700.000 Thlr.

Ostales und Kronenziel

R Posen, 8. April. [Ein kirchlicher Anzeiger] für die evangelischen Gemeinden Posens ist hier mit dem Beginn dieses Quartals ins Leben getreten. Auch in anderen größeren Städten bestehen zum Theil schon seit längerer Zeit ähnliche Blätter, und das Wohlwollen, mit welchem sie von allen Denen aufgenommen worden, die an dem kirchlichen und christlichen Leben innerhalb der evangelischen Gemeinden inniger sich beheiligen, bekundet ohne Zweifel die Nützlichkeit, ja man kann wohl sagen das Bedürfnis derartiger Publikationen. Unser „Kirchlicher Anzeiger“ der von der evang. Geistlichkeit Posens unter Redaktion des Diaconus Frank herausgegeben wöchentlich einmal (Freitags gleichzeitig mit der „Posener Zeitung“ und in demselben Verlage) erscheint und für das Vierteljahr nur 2½ Sgr. kostet, bringt in seinem ersten Theile die Kirchennachrichten, d.h. die am nächsten Sonntage u. s. w. predigenden Geistlichen und die namentlichen Verzeichnisse der Getauften, Aufgebotenen und Gestorbenen aus den evang. Gemeinden der Stadt; im zweiten dagegen kurze religiöse Betrachtungen (auch wohl geistliche Gedichte), kurze geschichtliche Notizen aus der Lebensfähigkeit der evangel. Kirche und ihrer Bekänner aus Vergangenheit und Gegenwart, aus engeren und weiteren Kreisen, in populärer, klarer und eindringlicher Sprache. Sonach will das Blatt zur Belebung und Förderung des christlichen und kirchlichen Lebens in der Gemeinde ein Scherstein beitragen und als einen „Bote des Friedens“ erscheinen in den Häusern der Gemeindeglieder. Gern machen wir dieselben auf diese Vermittelung zwischen Kirche und Leben aufmerksam und wünschen dem Blatte eine recht ausgedehnte Verbreitung. Bestellungen darauf werden übrigens

von allen evang. Geistlichen unsrer Stadt und von der Decker'schen
Hofbuchdruckerei angenommen.

— [Sperreaufhebung.] Die Tollwut unter den Pferden in Wil-
kostow (Kr. Inowrzlaw) ist gefilzt und die Sperre dieses Orts und seiner
Feldmark aufgehoben.

R — [Berichtigung.] Wir haben in Nr. 79 einen Artikel über die bestige Fabrik des Hrn. Dr. G e g i e l s k i gebracht, und demselben auch in der nächsten Nr. aus einer uns vom Hrn. Dr. C. zugegangenen Entgegnung die tatsächlichen Berichtigungen gegenübergestellt. Hr. Dr. C. ist indessen damit nicht zufrieden gewesen, vielleicht weil er uns dabei eine Tendenz unterlegt, von welcher wir weit entfernt sind, wie der Umstand wohl hinlänglich darthut, daß wir schon öfter in ds. Bl. die gedachte Fabrik, wenn sich Gelegenheit dazu bot, mit verdienter Anerkennung erwähnt haben. Hr. Dr. C. besteht indessen auf dem w ö r t l i c h e n Abdruck der von ihm eingefendeten Berichtigung, und wir geben dieselbe nachstehend. Sie lautet:

In der gestrigen Nummer der "Posener Zeitung" ist meine Maschinenfabrik mit einer Erwähnung geehrt worden, deren Zweck ich dahin gestellt sein lasse, deren unwahre Angaben ich aber, nicht um meineswillen, da es meinem Gefühl widerstrebt, meinen Namen zum Gegenstande von Zeitungskuriositäten herzugeben, sondern um der Wahrheit willen, zu berichtigen für meine Pflicht erachtete. Es ist nämlich unwahr, daß meine Fabrik in Folge zurückgezogener Bestellungen genötigt gewesen, 23 Arbeiter zu entlassen, und versichere ich auf meine Ehre, daß auch nicht eine einzige Bestellung in meiner Fabrik zurückgenommen, und daß, da nun einmal über meine Fabrik so strenge Kontrolle geführt wird, nur 9 Arbeiter, die der Fabrik nicht konvenirten, am Schlusse des Quartals entlassen worden. Ich beschäftige augenblicklich 222 Arbeiter, und können immer noch einige tüchtige Döschler angenommen werden; daß aber in einer Anstalt von solchem Umfange häufiger Arbeiterwechsel nicht nur durch Entlassung, sondern auch durch freiwilligen Abgang und Heranziehung von neuen Kräften stattfindet, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden. Ich füge hinzu, daß mir noch vor Kurzem ein Auftrag auf eine Dampfmaschine, Delmühle und Brennerei-Hülfsmaschinen fürs Inland zu Theil geworden, und daß dieser Auftrag noch neulich um eine Mahlmühle erweitert worden.

Wenn diese meine Berichtigung nicht nur zur Beruhigung der Arbeiter, deren Wohl mir sehr am Herzen liegt, sondern auch zur Entkräftzung ähnlicher, in der neuesten Zeit beliebt gewordener Nachrichten etwas beitragen kann, so glaube ich mich der Anerkennung des besonnenen Publikums versichert halten zu dürfen.

Posen, den 6. April 1861. Dr. H. Cegiel斯基.
S — [Konzert.] Neulich haben wir in ds. Bl. der hiesigen Anwesenheit des jungen Violinvirtuosen, Hrn. F. Rosenthal, erwähnt. Derselbe hat sich entschlossen, hier wieder einmal öffentlich sich hören zu lassen, und es soll das Konzert morgen Dienstag den 9. d. Abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr im Kasinotheater stattfinden. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß die Berichte aus den verschiedensten größeren deutschen Städten, in welchen während der letzten Jahre Hr. R. sich hat hören lassen, sich sehr günstig über die bedeutende Entwicklung seines Talents und seine Leistungen aussprechen, und es ist sonach wohl anzunehmen, daß die zu wünschende lebhafte Theilnahme, welche die Vaterstadt morgen dem jungen Künstler gewähren dürfte, zugleich den Theilnehmern einen wirklichen musikalischen Genuss gewähren werde. Auch das aufgestellte, in der That gewählte Programm läßt einen solchen erwarten. Während Beethovens interessantes, selten gehörtes Odur-Quintett den Abend eröffnet, wird derselbe Meister noch durch seine schöne Romanze für Violine (in G, op. 40) vertreten sein. Außerdem aber wird der Konzertgeber noch Spohr's gern gehörtes Konzert in Form einer Gesangsszene (op. 47 in Adur), und sodann Bieuxtemps' Réverie und das Souvenir de Haydn von Léonard, zum Vortrage bringen. Gewiß des Interessanten und Ansprechenden genug, um die Musikfreunde zu lebendiger Theilnahme anzuregen.

[Vorlesungen.] Der bisherige Schauspielregisseur unseres Stadttheaters, Hr. Urban, dessen rege, achtungswerte Thätigkeit als solcher wir ebenso, wie seine tüchtigen Leistungen als darstellender Künstler, im Laufe der verwichenen Saison wiederholt zu rühmen Veranlassung gehabt, beabsichtigt vor seinem Wegzuge von hier in etlichen andern Wirkungskreis, hier noch im Laufe dieses Monats an einigen Abenden als Vorleser vor einem gebildeten Zuhörerkreise aufzutreten. Der Saal des hiesigen Kasino ist, wie wir hören, ihm für diesen Zweck freundlich bewilligt, und er hat für diese Vorlesungen die große epische Dichtung: "Waterloo" von Scherenberg gewählt, die er auch früher schon in hohen und gewählten Kreisen, vor dem Hause in Weimar, in Dessau &c. &c. mit großer Anerkennung gelesen. Die Wahl selbst können wir nur billigen, denn abgesehen von dem echt patriotischen Inhalt des berühmt gewordenen Werkes, das seinen Dichter plötzlich und nach langen Kämpfen zu einem namhaften und gefeierten machte, bezeichnet Scherenberg's Auftritt mit diesem Epos vor etwa zwölf Jahren eine Grenzscheide in der neuesten poetischen Literatur: den eben so klar ausgesprochenen, als vollberechtigten und, trotz so mancher ihm anklebenden Mängel, sehr wohlthätigen Gegensatz gegen die süßlich schmelzende episch-lyrische Poesie, wie sie ziemlich um dieselbe Zeit z. B. in Nedwitz' "Amaranth" vollständig das Feld gewinnen zu wollen schien. Sich das patriotische Dichterwerk durch gute Vorlesung gewissermaßen selbst gegenständlich zu machen und von Außen her auf sich wirken zu lassen, wird gewiß auch für die, denen die Dichtung durch eigene Lektüre bekannt ist, wesentliches Interesse bieten, und so wünschen wir dem Unternehmen des Hrn. Urban möglichste Förderung und ausgedehnteste Theilnahme in den Kreisen unserer gebildeten Gesellschaft.

= Adelnau, 6. April. [Musikalische Bestrebungen; Lokalmangel für Schulklassen; verschollenes Chausseuprojekt.] Die seit mehreren Jahren hier verfolgten ernsten musikalischen Bestrebungen erfreuen sich ziemlicher Erfolge; ja es kann wohl angenommen werden, daß in der hiesigen Provinz wenigstens nicht leicht eine zweite, noch nicht 2000 Einwohner zählende Stadt gefunden werden dürfte, wo die Musik nach ihren wichtigeren Seiten hin eine so eifrige Pflege fände, wie in Adelnau. Der Chorgesang in der evangelischen Kirche im polnischen wie im deutschen Gottesdienste bietet unter des fleißigen Thorektors Eichstädt Leitung sonntäglich das Beste, was die Chorgesangsliteratur nur aufzuweisen hat. Durch die geringe Mühe der Unterlegung polnischer Texte unter die deutschen wird jeder Bedarf an passenden Musikstücken auch für den polnischen Gottesdienst sehr leicht beschafft. Unsere evangelischen Polen hören die ihnen auf diese Weise vorgeführten vorzüglicheren

Gefänge aus Händel's Messias, Graun's Tod Jesu, den Mendelssohn'schen Oratorien u. mit wahrhaft rührender Ausdruck. Im Quartettverein ging es auch im vorigen Winter recht ruhig her; gegen 40 der gangbarsten Quartetten von Haydn, Mozart, Beethoven, Rode ic., Violinsonatas von Poldelli, Rode, Actot, Bierutemps, Klavierkonzerte und Duo's, Trios, Quartetten und Quintetten von Mozart, Beethoven, C. M. v. Weber, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, Klavierpol's von Weber, Kalkbrenner, Thalberg, Döbler charakterisieren den Verein und seines guten Willen wohl zur Genüge. Zu den Aufführungen hat Ledermann Zutritt, doch wird von dieser Vergünstigung im Gange nur wenig Gebrauch gemacht. Der Musikunterricht des Schulpräparanden wird in den Hauptstädtern: Gefang, Klavier, Orgel (Harmonium), Violin, Bratsche, Cello, soweit wir es zu überleben vermögen, mit Eifer betrieben. Am Violinunterricht nehmen überhaupt 24 Knaben Theil, von denen natürlich nicht alle Präparanden sind oder werden wollen. Die Feldmusik der Präparanden und andern Knaben (nur Bläserinstrumente) ist auch ziemlich im Gange und übt seit Wochen schon eine Menge von Studien, welche bei dem nächsten Maifeste produziert werden sollen.

Der Wohnungsmangel geht hier ins Unglaubliche. Die dritte über 100 Kinder zählende Klasse oder kath. Schule ist ausgemietet worden, und kann kein anderweitiges Lot auf erlangen. Da die beiden anderen Klassen auch überfüllt sind, so können die hundert obdachlosen Kinder nur Halbtagschule in dem Lokale der II. Klasse erhalten, wodurch die letztere natürlich auch zur Halbtagschule verurtheilt wird. Manchen Eltern wird dieser Notstand überaus willkommen sein. In ähnlicher Lage befindet sich die in einem Wirthshof untergebrachte I. Klasse der evang. Schule. Auch hier wird Verlegenheit eintreten, denn ob das neue Haus auf dem Stinge bis zum letzten Umzugstermine (Georgstag) bezugsfähig werden wird, steht sehr dahin. Lebzigens ist trotz der schönen Tage bis heute zu den Vollendungsarbeiten noch nicht geschritten, weil die Bauweise erschöpft ist. — Unter Festenberger Chausseebau-Projekt hat sich wieder ganz und gar in den Hintergrund gestellt. Es giebt nun einmal Gegebenen, wo man sich Alles gar zu schwer vorstellt. Allem Anschein nach wird das Projekt erst dann mit rechten Ernstes betrieben werden, wenn die rechte Oderbahn (Breslau-Döbeln) dazu drängen wird.

Schwerin. 6. April. [Begräbniss; Forstbrand.] Am 3. d. fand hier die feierliche Beerdigung des 70jährigen jüdischen Rektors Mayer statt. Dem zahlreichen Trauergesinde hatten sich auch der Bürgermeister, so wie die evang. Geistlichen und Lehrer angegeschlossen. Rabbiner Dr. Gassel hielt am Grabe eine ergreifende Rede, worin er die 42jährige Wirksamkeit, die seltene Treue und den biedern Charakter des Verstorbenen, der ein nicht gewöhnlicher Lehrer war, schilderte und die Gemeinde zum thätigen Danke gegen die in Sorgen zurückgelassene Witwe ermunterte. Eben so richtete noch der greise Lehrer Löwinsohn rührende Worte an Gemeinde und Schuljugend. Beide Redner wiesen ganz besonders darauf hin, wie eine große Zahl der bestigen geachteten Kaufleute dem Entschlummen die Grundlage ihrer Bildung zu danken hätten. — Am 28. v. M. brannten circa 10 Morgen gut bestandene Schonung der l. Forst Rosenthal nieder.

Strombericht.

Ohorniter Brücke.

Am 7. April. Kahn Nr. 2238, Schiffer Friedrich Saluschke, und Kahn Nr. 322, Schiffer Ludwig Andrasch, beide von Berlin nach Neustadt mit Salz; Kahn Nr. 456, Schiffer Christian Pfeiffer, von Zirke nach Pojen leert; Kahn Nr. 2271, Schiffer Heinrich May, und Kahn Nr. 114, Schiffer Karl Krüger, beide von Bromberg nach Pojen mit Proviant-Mehl.

Am 7. April. Kahn Nr. 355, Schiffer Friedrich Scheere, und Kahn Nr. 2109, Schiffer Johann Knorr, beide von Stettin nach Pojen mit Gütern.

Angelokommene Fremde.

Am 8. April 1861.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. Graf Grabowski aus Radomir, Graf Dabolski aus Kolaczkow, Gaun aus Dobroszyk und v. Bronikowski aus Karlowo, Domänen-Inspektor Wolff aus Laasphe, Kreisrichter Zicker nebst Frau aus Wreschen, Stadtrath Neuh aus Frankfurt a. O., die Kaufleute Schletter aus Dresden und Hahn aus Leipzig.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Strafanstalt-Inspektor Werner aus

Rawicz, Forstlandrat Nobiling aus Mühlbeck, Reg. Professor Triel aus Berlin, Gutsb. Hagendorff aus Schlesien, die Kaufleute Berger aus Kassel, Arnold aus Königsberg, Krause aus Hamburg, Sprengler aus Düsseldorf und Kleffle aus Köln.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Lieutenant im 2. Leib.-Husaren-Regiment v. Zastrow aus Bissa, die Gutsb. Pretel aus Sestowo und Zegnizer aus Groczyn, die Kaufleute Löffler aus Starzgrod, Jaffe aus Berlin, Hans aus Wiesbaden und Goldstaub aus Strzelno.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Luszczewski aus Polen, v. Leduchowski aus Volhynia, v. Kożorowski aus Piotrkow, Gajkowski Stremoczyce, Belaznowski aus Wreschen, Jawernick aus Strzelno, die Einwohner Gebrüder v. Leduchowski aus Werchau, Bevollmächtigter Giebelski aus Psarskie, die Kaufleute Jaffe und Wallowski aus Berlin, Zapolski und Lichtenberg aus Breslau.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Prakt. Arzt Dr. Kunze aus Kosten, die Kaufleute Altermann aus Magdeburg, Heymerdinger aus Heidelberg und Rabemann aus Stettin.

SCHWARZER ADLER. Referendar Lehmann aus Rawicz, Gymnasiallehrer Jakowicki aus Ostrowo, die Gutsrächer Michałowski aus Brodówko und Ćwierski aus Spybria, Frau Inspektor Klein aus Dobroslaw, die Gutsb. nebst Frau aus Kleczewo, v. Pradzynski aus Biszupice und v. Pradzynski aus Giecz.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsb. Gebrüder v. Zychlinski aus Budzin, Landwirth Tittel und Inspektor Sperling aus Nowy, Müller aus Grätz, Stephan aus Karlsruhe, Ohlisch und Baumeister Ohlisch aus Pleß, die Posthalter Lutig aus Rybnik und Brauniug aus Schottland, Oberförster Spiller nebst Frau aus Ludwigsberg, Wagenfabrikant Schulz aus Sagan, Getreidehändler Albrecht aus Löbau und Agronom Günther aus Samter.

EICHORN'S HOTEL. Die Kaufleute Arnold aus Driesen, Meyer aus Neustadt b. P., Wehlau aus Ostrowo, Kempner und die Kaufm. Frauen Baumgart und Kleezewska aus Konin.

Inserate und Körzen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Diejenigen Pfänder, welche in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August und September v. J. bis zum Verfallstage der gewährten Darlebne und noch 6 Monate später, und zwar die Pfänder sub Nr.

9.693, 12.062, 12.063, 12.662, 13.598, 14.283, 14.740, 15.440, 15.444, 15.450, 15.453, 15.464, 15.470, 15.475, 15.476, 15.477, 15.478, 15.492, 15.508, 15.509, 15.529, 15.544, 15.559, 15.568, 15.572, 15.574, 15.577, 15.581, 15.584, 15.585, 15.591, 15.592, 15.600, 15.619, 15.647, 15.648, 15.658, 15.660, 15.673, 15.683, 15.684, 15.692, 15.707, 15.712, 15.714, 15.715, 15.728, 15.737, 15.739, 15.741, 15.752, 15.767, 15.771, 15.790, 15.791, 15.793, 15.794, 15.800, 15.804, 15.809, 15.810, 15.815, 15.816, 15.818, 15.819, 15.820, 15.828, 15.829, 15.843, 15.852, 15.860, 15.865, 15.866, 15.871, 15.883, 15.886, 15.894, 15.895, 15.901, 15.909, 15.939, 15.941, 15.942, 15.943, 15.947, 15.948, 15.950, 15.955, 15.956, 15.960, 15.963, 15.988, 15.989, 15.997, 16.002, 16.003, 16.016, 16.017, 16.019, 16.024, 16.026, 16.027, 16.029, 16.031, 16.032, 16.033, 16.034, 16.037, 16.043, 16.044, 16.069, 16.074, 16.076, 16.077, 16.079, 16.090, 16.092, 16.094, 16.095, 16.103, 16.112, 16.113, 16.119, 16.120, 16.123, 16.125, 16.127, 16.138, 16.139, 16.141, 16.142, 16.143, 16.146, 16.149, 16.150, 16.151, 16.152, 16.153, 16.154, 16.155, 16.156, 16.157, 16.158, 16.159, 16.160, 16.164, 16.165, 16.166, 16.167, 16.181, 16.191, 16.197, 16.206, 16.213, 16.214, 16.220, 16.221, 16.222, 16.224, 16.230, 16.246, 16.249, 16.259, 16.260, 16.279, 16.288, 16.297, 16.299, 16.308, 16.315, 16.323, 16.333, 16.351, 16.353, 16.356, 16.357, 16.363, 16.364, 16.370, 16.372, 16.382, 16.394, 16.397, 16.402, 16.406, 16.431, 16.445, 16.456, 16.467, 16.472, 16.478, 16.485, 16.486, 16.503, 16.504, 16.507, 16.532, 16.536, 16.537, 16.542, 16.546, 16.549, 16.555, 16.565, 16.583, 16.588, 16.589, 16.598, 16.599, 16.603, 16.610, 16.619, 16.631, 16.648, 16.657, 16.668, 16.672, 16.674, 16.683, 16.686, 16.690, 16.692, 16.700, 16.702, 16.710, 16.719, 16.729, 16.735, 16.753, 16.755, 16.778, 16.780, 16.782, 16.788, 16.805, 16.809, 16.823, 16.824, 16.843, 16.848, 16.853, 16.859, 16.879, 16.903, 16.921, 16.924, 16.925, 16.926, 16.935, 16.946, 16.952, 16.957, 16.978, 16.979, 16.987, 16.989, 16.994, 17.014, 17.024, 17.036, 17.042, 17.045, 17.046, 17.051, 17.058, 17.068, 17.103, 17.109, 17.112, 17.124, 17.127, 17.149, 17.166, 17.170, 17.185, 17.190, 17.191, 17.211, 17.217, 17.218, 17.224, 17.230, 17.236, 17.243, 17.256, 17.264, 17.273, 17.284, 17.286, 17.287, 17.296, 17.301, 17.307, 17.308, 17.317, 17.325, 17.336, 17.343, 17.352, 17.358, 17.363, 17.370, 17.386, 17.397, 17.407, 17.417, 17.419, 17.428, 17.437, 17.439, 17.476, 17.482, 17.484, 17.492, 17.508, 17.509, 17.515, 17.519, 17.522, 17.523, 17.531, 17.535, 17.536, 17.538, 17.546, 17.560, 17.563, 17.564, 17.571, 17.574, 17.577, 17.588, 17.592, 17.599, 17.609, 17.610, 17.629, 17.634, 17.643, 17.653, 17.657, 17.665, 17.670, 17.674, 17.676, 17.688, 17.691, 17.701, 17.704, 17.708, 17.716, 17.719, 17.728, 17.733, 17.743, 17.748, 17.761, 17.767, 17.768, 17.771, 17.789, 17.794, 17.800, 17.801, 17.809, 17.810, 17.814, 17.815, 17.824, 17.822, 17.827, 17.828, 17.829, 17.847, 17.858, 17.860, 17.868, 17.879, 17.889, 17.894, 17.896, 4.16, 28.29, 38.44, 53.56, 63.69, 72.77, 86.100, 120.147, 148.172, 175.182, 183.188, 200.209, 210.211, 245.263, 279.282, 383.291, 303.313, 314.315, 333.346, 349.354, 356.357, 357.377, 391.397, 411.413, 414.420, 422.428, 439.455, 456.472, 474.484, 494.503, 506.510, 522.528, 537.538, 539.542, 548.550, 556.557, 559.600, 612.616, 618.622, 633.646, 649.679, 694.728, 729.734, 740.747, 752.753, 761.764, 779.782, 784.794, 8.3.808, 812.816, 819.820, 826.840, 841.849, 851.859, 863.868, 870.871, 880.881, 883.889, 890.898, 899.919, 926.927, 929.931.

Bekanntmachung.

Die an der Bociakia belegene Kämmerei, wie nebst Hütung soll vom 1. Mai c. ab in zwei Parzellen, rechts und links vom Eichwaldweg, auf drei Jahre im Wege der öffentlichen Lizitation an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu steht ein neuer Termin auf den 10. April c. Vormittags 11 Uhr vor dem Stadtssekretär Herrn Plichta auf dem Rathause an, wozu Pachtlustige mit dem Beireten eingeladen werden, daß jeder Mitbietende eine Kautio von 50 Thlr. zu erlegen hat. Die Bedingungen liegen in unserer Registratur zur Einsicht bereit.

Posen, den 28. März 1861.

Der Magistrat.

Die Servizzahlung für die im Monat März d. J. hier eingetauscht gewesenen Truppen erfolgt am 9. und 10. dieses Monats.

Posen, den 5. April 1861.

Der Magistrat.

Mittwoch den 10. April d. J. Vormittags 9 Uhr soll eine Quantität Roggenkleie in dem biegsamen königlichen Magazin öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verlaufen.

Posen, den 3. April 1861.

Königliches Proviantamt.

Schwerin. 6. April. [Begräbniss; Forstbrand.] Am 3. d. fand hier die feierliche Beerdigung des 70jährigen jüdischen Rektors Mayer statt. Dem zahlreichen Trauergesinde hatten sich auch der Bürgermeister, so wie die evang. Geistlichen und Lehrer angegeschlossen. Rabbiner Dr. Gassel hielt am Grabe eine ergreifende Rede, worin er die 42jährige Wirksamkeit, die seltene Treue und den biedern Charakter des Verstorbenen, der ein nicht gewöhnlicher Lehrer war, schilderte und die Gemeinde zum thätigen Danke gegen die in Sorgen zurückgelassene Witwe ermunterte. Eben so richtete noch der greise Lehrer Löwinsohn rührende Worte an Gemeinde und Schuljugend. Beide Redner wiesen ganz besonders darauf hin, wie eine große Zahl der bestigen geachteten Kaufleute dem Entschlummen die Grundlage ihrer Bildung zu danken hätten. — Am 28. v. M. brannten circa 10 Morgen gut bestandene Schonung der l. Forst Rosenthal nieder.

Rawicz. Forstlandrat Nobiling aus Mühlbeck, Reg. Professor Triel aus Berlin, Gutsb. Hagedorff aus Schlesien, die Kaufleute Berger aus Kassel, Arnold aus Königsberg, Krause aus Hamburg, Sprengler aus Düsseldorf und Kleffle aus Köln.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Lieutenant im 2. Leib.-Husaren-Regiment v. Zastrow aus Bissa, die Gutsb. Pretel aus Sestowo und Zegnizer aus Grodzyn, die Kaufleute Löffler aus Starzgrod, Jaffe aus Berlin, Hans aus Wiesbaden und Goldstaub aus Strzelno.

HOTEL DU N

Wiederholte Aufkündigung
zur Baarzahlung verlooseter Posener
3½ prozentiger Pfandbriefe.

Unter Bezugnahme auf unsere Kündigungs-
bekanntmachung vom 3. Dezember 1860 for-
dern wir die Inhaber der aufgekündigten,
bis jetzt nicht eingelieferten 3½ prozentigen
Pfandbriefe:

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
10 1599	Brodowo	Schroda
56 6138	Chociszewice	Kröben
75 1572	Gutowy wielkie (gross)	Wreschen
5 2418	Goniczki	dito
12 3243	Garzyń	Fraustadt
11 3759	Myszkowo	Samter
4 4411	Świdnica II. (Zedlitz)	Fraustadt

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
30 5987	Czestram vel Golejewko	Kröben

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
32 2440	Działyn	Gnesen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
20 2120	Karniszewo	Kröben

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
67 3868	Kawcze	Obornik

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
15 2225	Ludomy	Schrimm

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
42 6127	Mszczyn	Schrimm

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
15 2332	Osiek	Kröben

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
15 3509	Popkow	Obornik

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
17 4237	Przecław	Wongrowitz

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
40 5003	Paryż	Kröben

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
8 5763	Smogorzewo	Fraustadt

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
8 5763	Wijewo	Posen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
20 2728	Zydowo	Posen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
13 631	C. Ueber 200 Thlr.	

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
13 2606	Arcugowo	Gnesen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
43 5718	Bieganowo und Borkowo	Wreschen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
87 3814	Czestram vel Golejewko	Kröben

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
107 3834	Dakowy mokre	Buk

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
20 2005	Kwiatkow I. u. II.	Adelnau

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
48 5083	Kowalewo	Pleschen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
34 5866	Lubasz	Czarnikau

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
19 3642	Morka	Schrimm

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
19 4187	Myszkowo	Samter

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
63 5190	Owinsk	Posen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
22 4295	Poniec (Punitz)	Kröben

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
40 4010	Popkow tomkowe	Gnesen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
18 4014	dito	

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
15 180	Sokolniki male (klein)	Samter

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
39 3519	Slaskowo	Kröben

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
18 3393	Sokolniki	Gnesen

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.

<tbl_r

